

Frieden für den Balkan



Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Menschen können etwas für eine friedliche Entwicklung auf dem Balkan tun – mit dieser Botschaft wendet sich diese Broschüre vor allem an Schulen. Neben Projekten und Aktionen der Organisation Schüler Helfen Leben bietet das Heft Informationen und didaktische Materialien für den Unterricht und für die Projektarbeit zum Thema „Frieden für den Balkan“. Ein besonderes Anliegen liegt darin, das Engagement der Schulen für die Aktion „Der Soziale Tag“ zugunsten von Kindern und Jugendlichen in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien und in Serbien zu fördern!



Inhalt

Schüler Helfen Leben	1
Gefragt: Engagement bei SHL	2
<i>Jugoslawien</i>	
Hintergrund 1: Geschichte Jugoslawiens	3
Hintergrund 2: Zerfall Jugoslawiens	4
Hintergrund 3: Chronologie der Ereignisse	5
Arbeitsblatt 1: Ethnizität auf dem Balkan	6
Arbeitsblatt 2: Analyse von Konflikten	7
<i>Bosnien und Herzegowina</i>	
Hintergrund 1: Krieg in Bosnien	8
Hintergrund 2: Bosnien heute	9
Arbeitsblatt: Export von Demokratie	10
Projekt: Jugendarbeit	11
<i>Kosovo</i>	
Hintergrund 1: Krieg im Kosovo	12
Hintergrund 2: Kosovo heute	13
Arbeitsblatt: Humanitäre Intervention?	14
Projekt: Jugendzentrum mit zwei Teilen	15
<i>Serbien</i>	
Hintergrund 1: Wem gehört das Kosovo?	16
Hintergrund 2: Serbien heute	17
Arbeitsblatt: Umgang mit Kriegsverbrechen	18
Projekt: Miteinander leben	19
<i>Mazedonien</i>	
Hintergrund 1: Krieg in Mazedonien	20
Hintergrund 2: Mazedonien heute	21
Arbeitsblatt: Elena und die OSZE	22
Projekt: Roma Kinder	23
Gedichte und Fotos zum Nachdenken	24
Weiterführende Literatur und Materialien	25

IMPRESSUM:

Schüler Helfen Leben / Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e. V. (Hrsg.):

**Frieden für den Balkan. Didaktische Materialien,
Konfliktanalysen und Projektbeispiele.**

Texte: Magdalena Gack, Ana Mijić, Anne Romund,
Schüler Helfen Leben

Redaktion: Magdalena Gack, Uli Jäger, Ana Mijić, Anne Romund

© 2009 Schüler Helfen Leben / Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e. V.
Neubearbeitete Auflage 2009

Gestaltung: Medienstudio Christoph Lang, Rottenburg

Druck: Druckerei Deile, Tübingen

Bildnachweise: Agentur Zeitenspiegel: S. 20, 22, 24;
dpa: S. 6, 8, 16; Knoll: Titel; Sebastian Best: S. 2 oben;
Schüler Helfen Leben: S. U2, 1, 2, 11, 13, 15, 17, 19, 23.

SCHÜLER HELFFEN LEBEN

Schüler Helfen Leben (SHL) ist eine Initiative von Jugendlichen für Jugendliche. In Südosteuropa leistet sie Jugend- und Bildungsarbeit. In Deutschland führt SHL den „Sozialen Tag“ durch, an dem für Schüler „Einen Tag helfen“ auf dem Stundenplan steht. Sie gehen einen Tag lang arbeiten und spenden ihren Lohn an Hilfsprojekte in Südosteuropa.

Entstanden ist die Schülerinitiative während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien Anfang der neunziger Jahre. Einige Schülerinnen und Schüler wollten dem Leid in den Flüchtlingslagern nicht länger tatenlos zusehen. Die Initiative startete von Rheinland-Pfalz aus mit Hilfstransporten. Bald kamen Spenden von Schülerinnen und Schülern aus ganz Deutschland. Als eine der wenigen Organisationen begann SHL schon während des Krieges mit dem Wiederaufbau. In Bosnien und Herzegowina, Kroatien und später auch im Kosovo, hat SHL mehr als 100 Schulen und Kindergärten wieder errichtet. Die Kämpfe im ehemaligen Jugoslawien haben nicht nur Schulen und Jugendeinrichtungen, sondern vor allem auch die Perspektive der Kinder und Jugendlichen zerstört. Hass und Vorurteile wurden zwischen den einzelnen Volksgruppen (Ethnien) gesät. Das Bildungssystem war größtenteils zusammengebrochen, viele der Jugendlichen hatten nicht die Möglichkeit zur Schule zu gehen. Heute besuchen die meisten Kinder und Jugendlichen wieder regelmäßig die Schule. Sie werden jedoch oft immer noch nach Ethnien getrennt unterrichtet und der Geschichtsunterricht wird meist sehr subjektiv gestaltet. Auf diese Weise entstehen „unterschiedliche Wahrheiten“. Neue Konflikte sind somit vorprogrammiert. Dies ist auch ein Grund für das Engagement von SHL im Bildungsbereich.

Der Krieg ist vorbei. Doch die Jugendlichen in Südosteuropa leben noch oft unter Bedingungen, die durch Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet sind. SHL will auch weiterhin helfen, daher führt die Organisation seit 1998 den Sozialen Tag durch. Mit den dort eingenommenen Geldern hat SHL in Südosteuropa mehrere Hilfsprojekte aufgebaut, die durch die 2002 gegründete SHL-Stiftung auch langfristig gesichert sind.



Aktion „Der soziale Tag“

DIE ENTSTEHUNG DES „SOZIALEN TAGES“

Die Idee ist einfach: Schülerinnen und Schüler gehen einen Tag arbeiten. Das Einkommen, das sie an diesem Tag haben, spenden sie für einen guten Zweck. Der Ursprung der Idee liegt in Skandinavien. Dort wird die Aktion „Operation Dagsvaerk“ genannt.

Ins Leben gerufen wurde die Aktion von schwedischen Schülerinnen und Schülern Mitte der 1960er Jahre im Gedenken an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammerskjöld, der 1962 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam.

Hammerskjöld war bekannt für sein großes Engagement in der Friedensarbeit. Er setzte sich besonders für unterdrückte Menschen in der ganzen Welt ein. Um seine Arbeit aufrecht zu erhalten, beschlossen schwedische Schülerinnen und Schüler die Gründung eines „Tages der Solidarität“. Mittlerweile gibt es die „Operation Dagsvaerk“ in vielen verschiedenen Ländern der Welt, so zum Beispiel auch in den USA und in Brasilien.

START IM JAHR 1998

Die Idee einen „Tag der Solidarität“ auch in Deutschland durchzuführen wurde von Schüler Helfen Leben aufgegriffen. SHL organisierte 1998 im Zuge der „Wochen der Begegnung“ den ersten „Sozialen Tag“ in Schleswig-Holstein.

Der Tag war ein voller Erfolg. Es beteiligten sich rund 35.000 Schülerinnen und Schüler, und verdienten zusammen 700.000 Euro. Seither fand der Soziale Tag alle zwei Jahre und seit 2006 sogar jedes Jahr bundesweit statt. Am Sozialen Tag beteiligen sich jährlich inzwischen hunderttausende Schülerinnen und Schüler von über 1.000 Schulen in ganz Deutschland.

Insgesamt waren seit 1998 über eine Million Schülerinnen und Schüler am Sozialen Tag im Einsatz und verdienten rund 17 Millionen Euro, mit denen die Jugend-, Bildungs- und Friedensarbeit von Schüler Helfen Leben in rund 130 Projekten in Südosteuropa finanziert wird.

Information

Skopje - Auszüge aus einem Reisebericht

In Anbetracht der Lebensumstände der Roma in Mazedonien und auch ihrer Ausgrenzung aus der mazedonischen Gesellschaft, sowie deren System, kam ich ins Grübeln, ob es überhaupt richtig sei dort als Ausländer Hilfe zu leisten. Könnte dies nicht auch den Staat dazu verleiten sich immer mehr zurückzuziehen aus seiner Verantwortung und davon auszugehen, dass ausländische Organisationen schon das Schlimmste verhindern werden?

Ich denke aber, dass wir als privilegierte Westeuropäer die Pflicht haben, mit unserem Wohlstand anderen zu helfen, damit sie sich selbst helfen können. Also vor allem der nächsten Generation überhaupt erstmal die Möglichkeit zu eröffnen, sich selber bessere Chancen durch bessere Bildung zu erarbeiten. (...)

Nach dem Flug zurück nach Hamburg, bleibt, zumindest bei mir, vor allem der Schock, dass es eine Art Slum mitten in Europa gibt, und das Bewusstsein in dieser Welt der Gegensätze in einer unglaublich privilegierten Position zu sein, aus der automatisch auch eine größere Verantwortung erwächst.

Jens Lammle



Aktiv Werden

Bei Schüler Helfen Leben können interessierte Kinder und Jugendliche an vielen verschiedenen Aktionen teilnehmen und diese selbst organisieren. Die Bandbreite reicht vom Infostand bis zum Benefiz-Rock-Konzert. Alles was den Kindern und Jugendlichen in Südosteuropa hilft und Spaß macht, wird gemacht und alle sind gefragt, ihre Interessen einzubringen. Bei regelmäßigen „Aktiventreffen“ in ganz Deutschland werden neue Aktionen geplant und laufend vorgestellt. Selbstverständlich sind hier neue Gesichter immer willkommen.

Ostercamp und Herbstcamp

Zweimal im Jahr haben Jugendliche die Gelegenheit, die Balkanregion zu erleben. Beim Oster- oder Herbstcamp können sie zehn Tage lang gemeinsam die Region erkunden und Gespräche mit Medienschaffenden und Politikerinnen und Politikern führen. Bei der Besichtigung der SHL-Projekte vor Ort verbringen sie Zeit mit bosnischen Jugendlichen und lernen deren Kultur und Interessen kennen.

Praktikum

Schüler Helfen Leben bietet in den Büros Neumünster und Nürnberg Praktikumsplätze für Schülerinnen und Schüler und Studierende an. Die Tätigkeiten sind vielseitig: Ob man die Leitung des SHL-Call-Centers oder die Verantwortung für eine Vortragsreihe durch ganz Deutschland übernimmt, steht nicht fest. Die Praktikantinnen und Praktikanten übernehmen Verantwortung, arbeiten im Team zusammen und bekommen die Möglichkeit, die Arbeit einer gemeinnützigen Organisation kennen zu lernen.

Freiwilliges Soziales Jahr bei Schüler Helfen Leben

In Deutschland:

Nach der Schule ein Jahr lang als Freiwillige für Schüler Helfen Leben arbeiten ist spannend und abwechslungsreich! Jedes Jahr übernimmt ein neues Team bestehend aus acht Freiwilligen die Arbeit des Vereins. Sie informieren hier in Deutschland über die Situation in Südosteuropa und die Arbeit von SHL. Die Freiwilligen organisieren den Sozialen Tag und die vielen anderen Projekte, wie die Tour durch Deutschlands Schulen, die Pressearbeit oder die Betreuung der Unterstützer.

Im Ausland:

Wer für ein Jahr ins Ausland möchte, kann in Südosteuropa selbst aktiv werden. Jedes Jahr entsendet Schüler Helfen Leben vier Freiwillige in die SHL-Einsatzstellen im Ausland. In den Projekten vor Ort arbeiten die Freiwilligen mit Kindern und Jugendlichen und setzen sich für Bildung und Versöhnung ein. Sie unterstützen die Arbeit in den Projekten und können dabei selbst neue Ideen entwickeln und einbringen! Übrigens: Das Jahr bei Schüler Helfen Leben wird auch als Zivildienst anerkannt.

Schüler Helfen Leben



Hintergrund 1 - Geschichte Jugoslawiens

Entstehung des Staates Jugoslawien

Seit Februar 2003 gibt es offiziell keinen Staat mehr, der Jugoslawien heißt. Auch die letzten beiden Teilrepubliken (Serbien und Montenegro), der ehemals aus sechs Teilrepubliken und zwei autonomen Gebieten bestehenden Sozialistisch Föderativen Republik Jugoslawien, haben den Namen abgelegt.

Jugoslawien (Südslawien) bezeichnete einen Staat in Südosteuropa und ging aus dem nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen hervor, welches im Jahre 1929 in Königreich Jugoslawien umbenannt wurde.

1941 – während des Zweiten Weltkriegs – wurde das Königreich vom nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien besetzt und aufgelöst: Slowenien wurde zwischen Deutschland und Italien aufgeteilt, Serbien blieb militärisch besetzt und auf

dem Gebiet Kroatiens zuzüglich großer Gebiete Bosnien und Herzegowinas wurde mit Unterstützung Italiens der unabhängige Staat Kroatien gegründet.

Nach dem Sieg der Alliierten fielen Südosteuropa und damit auch die Gebiete des ehemaligen Königreiches Jugoslawien vorerst unter die Herrschaft der Sowjetunion. Jugoslawien wurde schrittweise als sozialistischer Bundesstaat aus 6 Teilrepubliken (Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien und Mazedonien) und zwei autonomen Provinzen innerhalb der Republik Serbien (Vojvodina und Kosovo) wiederhergestellt. Es hieß ab 1945 offiziell zunächst Demokratisches Föderatives Jugoslawien (Demokratska Federativna Jugoslavija). Am 29. November 1945 wurde die Föderative Volksrepublik Jugoslawien (Federativna Narodna Republika Jugoslavija) proklamiert, die am 31. Januar 1946 eine nach dem Vorbild der UdSSR gestaltete Verfassung erhielt. Im Jahr 1963 wurde der Staat in Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija/SFRJ) umbenannt.

Der „Dritte Weg“

Im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Staaten konnte die UdSSR in Jugoslawien allerdings nicht die ideologische Vormachtstellung erlangen. Mit Josip Broz Tito, der als Partisanenführer Widerstand gegen die Nationalsozialisten und die Faschisten geleistet hatte, und seinen Sieg weitestgehend ohne Unterstützung der Sowjetunion, dafür aber mit Hilfe der Westmächte, erringen konnte, stand nahezu 30 Jahre lang ein von Stalin unabhängiger Führer an der Spitze des jugoslawischen Staates.

Mit dem Rückhalt „einer alle jugoslawischen Nationen umfassenden Volksbewegung unter



kommunistischer Führung“ (Billing 1992: 52) etablierte er einen „dritten Weg“: Während des Kalten Krieges gehörte Jugoslawien zu den so genannten Blockfreien Staaten – also zu den Ländern, die sich weder dem Warschauer Pakt noch der NATO anschlossen.

Eine eigenständige, auf Selbstverwaltung ausgelegte Wirtschaftspolitik, eine Föderationsstruktur, die den Teilrepubliken innenpolitische Freiheit gewährte und nicht zuletzt die Identifikationsfigur Tito an der Spitze der kommunistischen Einheitspartei sorgten in Jugoslawien innenpolitisch für eine weitgehend stabil erscheinende Phase, die bis zum Ende des Kalten Krieges andauerte.

Vgl. Peter Billing: *Der Bürgerkrieg in Jugoslawien. Ursachen – Hintergründe – Perspektiven.* HSFK-Report 1/1992.

LEXIKON

Balkan

Der „Balkan“ ist eine Halbinsel in Südosteuropa und liegt zwischen der Adria und dem Schwarzen Meer. Typischerweise wird sie durch die Save-Donau-Linie abgegrenzt. Politisch gliedert sich die Balkanhalbinsel demnach heute in die Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Mazedonien, Kroatien, Rumänien, Serbien, Montenegro, Kosovo und den europäischen Teil der Türkei.

www.wikipedia.de

Hintergrund 2 - Der Zerfall Jugoslawiens

Information

Misserfolg

Ein amerikanischer Professor, der Tito aus der Kriegszeit kannte, hatte Gelegenheit, den jugoslawischen Präsidenten während dessen letzter Amerikareise 1978 zu fragen, was er, Tito, als seinen größten politischen Misserfolg betrachten würde.

Titos Antwort lautete, sein größter politischer Misserfolg sei es wohl gewesen, dass es ihm nicht gelungen sei, die Völker Jugoslawiens zu einer wirklichen Gemeinschaft zusammenzubringen.
Viktor Meier: Wie Jugoslawien verspielt wurde. München 1995, S. 11.

Etappen des Zerfalls

Dem Zerfall Jugoslawiens sowie dem Ausbruch des Krieges im Juni 1991 war auf verschiedenen Ebenen ein mehrjähriger Desintegrationsprozess vorausgegangen. Nach dem Tod Titos (1980) nahm der Zusammenhalt der verschiedenen Völker unter dem Deckmantel eines jugoslawischen Einheitsstaates kontinuierlich ab.

Die wirtschaftliche Krise

Seit Beginn der 1980er Jahre verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in Jugoslawien zunehmend. Die Inflationsrate, die Arbeitslosenzahlen sowie die Auslandsverschuldung stiegen stetig. Slowenien und Kroatien waren dabei die wirtschaftlich stärksten Teilrepubliken, während die größte finanzielle Unterstützung in das Kosovo, nach Bosnien und Herzegowina und nach Montenegro floss.

Politische Desintegration

Die politischen Umwälzungen in Osteuropa wirkten sich auch auf Jugoslawien aus. Während sich in Slowenien und Kroatien politische Kräfte durchsetzten, die sich für demokratische Reformen und Marktwirtschaft einsetzten, forderte die serbische politische Führung eine stärkere Zentralisierung. Beide – gegensätzlich zueinander stehenden – Forderungen lassen sich darauf zurückführen, dass es im politischen System Jugoslawiens punktuelle Übergewichte von Serben und Montenegrinern gab, die sich nur schwer mit einer auf Gleichberechtigung basierenden Lösung der nationalen Frage vereinbaren ließen.

Die Sezession (Abspaltung)

Sowohl wirtschaftliche als auch politische Gründe können als Anlass für die Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Teilrepubliken herangezogen werden: Slowenien und Kroatien waren nicht länger bereit ihren relativen Reichtum auf die ärmeren Regionen Jugoslawiens zu verteilen und sich andererseits einer von Serbien dominierten Zentralregierung zu beugen. Kompromisse ließen sich keine finden und die Fronten verhärteten sich zunehmend: aus einer ersten Forderung Sloweniens und Kroatiens nach einer Liberalisierung des Systems (in Form einer Konföderation) erwuchs die Forderung nach staatlicher Souveränität, also Unabhängigkeit. Die ersten freien Parlamentswahlen brachten in allen Teilrepubliken – mit Ausnahme Serbien und Montenegros – antikomunistische national gesinnte Kräfte an die Macht. Am 25. Juni 1991 erklärten sich Slowenien und Kroatien schließlich unabhängig. Es folgten die Unabhängigkeitserklärungen Mazedoniens und Bosnien und Herzegowinas und ein Jahrzehnt anhaltender gewaltsamer Auseinandersetzungen unterschiedlicher Intensität und Dauer zwischen verschiedenen Konfliktparteien in allen ehemaligen Teilrepubliken und Provinzen des Landes.

Die Bedeutung der „Vergangenheit“

Die nicht aufgearbeitete jugoslawische Vergangenheit während des Faschismus hat wesentlich zu der Schärfe des Konfliktes beigetragen. Mythen und Feindbilder haben sich gebildet, die Vergangenheit wurde von allen Seiten für ihre Ziele instrumentalisiert.
Spiegel 40/1991, S. 219

Krieg und Konflikte

ZWISCHENSTAATLICHER KRIEG

Unter einem zwischenstaatlichen Krieg (auch „klassischer Staatenkrieg“) versteht man einen Krieg zwischen mindestens zwei verschiedenen Staaten und deren regulären Armeen.

BÜRGERKRIEG

Als Bürgerkriege werden bewaffnete Konflikte zwischen mindestens zwei Gruppen innerhalb eines Landes bezeichnet.

Dabei kann es etwa um die Herrschaft im Staat gehen, sie können ökonomische Gründe haben oder ethnisch oder religiös begründet sein.

SEZESSIONSKRIEG

Der Begriff Sezessionskrieg bezeichnet in der Regel den amerikanischen Bürgerkrieg (1864–1869).

Zwischenzeitlich wird er jedoch zur Bezeichnung derjenigen Kriege verwendet, in denen sich eine oder mehrere Gruppen innerhalb eines Staates für die Unabhängigkeit eines bestimmten Territoriums dieses Staates einsetzen.

ETHNISCHER KONFLIKT

Als einen ethnischen Konflikt bezeichnet man Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen „ethnischen“ Gruppen.

Worauf Ethnizität beruht, ist in der Wissenschaft recht umstritten. Auf der einen Seite gibt es Meinungen die davon ausgehen, dass Ethnizität etwas Ursprüngliches, von Natur aus Gegebenes ist. Auf der anderen Seite stehen die Vertreter der These, dass Ethnizität ein künstliches Produkt ist.

Hintergrund 3 - Chronologie der Ereignisse

Kriege und Friedensbemühungen im ehemaligen Jugoslawien

SLOWENIEN UND KROATIEN

1991

25. Juni: Kroatien erklärt Unabhängigkeit; Slowenien löst sich von Jugoslawien. Die Jugoslawische Volksarmee (JVA) besetzt Grenzposten Sloweniens; kriegerische Auseinandersetzungen.

7. Juli: „10-Tage-Krieg“ Sloweniens wird unter Vermittlung der UNO beendet. August: JVA rückt in Ostslawonien ein, Kroaten werden verfolgt und vertrieben.

8. Oktober: Inkrafttreten der Unabhängigkeit Sloweniens.

November: Serbisch-kroatische Grenzstadt Vukovar wird von JVA erobert. Krieg in Kroatien erreicht Höhepunkt.

1992

Januar: Unter Vermittlung der UNO wird 15. Waffenstillstand zu Krieg in Kroatien beschlossen. Slowenien und Kroatien werden durch EG anerkannt.

1995

Mai: Kroatische Armee startet „Operation Bljesak“, erobert serbisch kontrollierte Gebiete in Westslawonien. Serbische Einheiten nehmen Zagreb unter Beschuss. August: „Operation Oluja“ kroatische Einheiten erobern Krajina. 14. Dezember: Präsidenten Milošević, Izetbegović und Tudjman unterschreiben Friedensvertrag von Dayton.

2004

Mai: Slowenien tritt EU bei.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

1992

März: Bosnien und Herzegowina erklärt Unabhängigkeit; gewaltsame Auseinandersetzungen. April: EG beschließt Anerkennung Bosnien und Herzegowinas. Kämpfe eskalieren zu Krieg.

Juli: „Kroatisch demokratische Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina“ ruft kroatischen Staat „Herceg-Bosna“ aus.

1993

Januar: „Vance-Owen-Friedensplan“ wird von Serbenführer Radovan Karadžić abgelehnt. Herbst: Kämpfe zwischen Truppen des „Kroatischen Verteidigungsrates“ und bosnisch-muslimischen Einheiten. Konflikt wird zum Dreifronten-Krieg.

1994

NATO greift mit Luftangriffen in Krieg ein. März: Kroatisch-muslimisches (Friedens-)Abkommen über die Bildung einer gemeinsamen Föderation geschlossen.

1995

Juli: Serbische Truppen erobern UN-Schutzzone Srebrenica. Frauen und Kinder werden deportiert. Ca. 8.000 Männer werden hingerichtet. August: Bosnische und kroatische Regierungen vereinbaren „Operation Maestral“. Serbisch besetztes Territorium in Bosnien schrumpft von etwa 70 Prozent auf ca. 47 Prozent. 14. Dezember: Unterzeichnung des Friedensvertrags von Dayton.

2008

Juni: Bosnien und Herzegowina unterzeichnet Stabilisierungs- und Sicherheitsabkommen mit EU.

KOSOVO

1989

Februar: Autonomie der Vojvodina und des Kosovo wird aufgehoben. Unruhen, Ausnahmezustand wird verhängt.

1997

September: Zusammenstöße zwischen Kosovo-Albanern und serbischer Polizei. UÇK-Kämpfer treten in Erscheinung.

1998

Februar/ März: Kämpfe zwischen serbischen Sicherheitskräften und UÇK. Juli: Serbische Offensive gegen UÇK führt zu großen Verlusten auf Seiten der Albaner. Gewalttaten gegen Zivilbevölkerung.

1999

Januar: „Massaker von Racak“, „Blutbad“ von Rogovo. Februar: Verhandlungen von Rambouillet. März: Fortsetzung der Verhandlungen in Paris. 18. März: Unterzeichnung des Interimsabkommens durch Delegation der Kosovo-Albaner. 23. März: Gespräche des UN-Vermittlers Holbrooke mit Milošević. 24. März: Beginn der NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien. Juni: Abzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo. NATO beendet Bombardement.

2004

März: Pogromartige Übergriffe gegen Serben im Kosovo.

2007

Dezember: Verhandlungen von Rambouillet scheitern.

2008

17. Februar: Kosovo erklärt einseitig Unabhängigkeit.

SERBIEN UND MONTENEGRO

1992

Mai: UN-Sicherheitsrat verhängt Sanktionen gegen Serbien und Montenegro.

2002

Februar: Prozessbeginn gegen Milošević vor UN-Kriegsverbrechertribunal.

2006

3. Juni: Unabhängigkeit Montenegros. 5. Juni: Serbisches Parlament erklärt formale Unabhängigkeit des Landes. Dezember: In Serbien startet NATO Partnerprogramm „Partnerschaft für den Frieden“.

2008

April: Serbien unterzeichnet Stabilisierungs- und Sicherheitsabkommen mit der EU.

MAZEDONIEN

1991

September: Erklärung der Unabhängigkeit.

1993

Aufnahme in die Vereinten Nationen.

2001

Januar: Anschlag albanischer Rebellen auf eine Polizeistation in Mazedonien. Frühjahr: Kriegerische Auseinandersetzungen weiten sich nahezu über gesamtes Land aus. Juni: Verhandlungen über Abkommen zur Beilegung der Krise. Juli: Unter Vermittlung der NATO wird ein Waffenstillstand zwischen UÇK und mazedonischer Armee ausgehandelt; er tritt am 6. Juli in Kraft. August: Unterzeichnung des „Rahmenabkommens von Ohrid“.

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF)
<http://www.akuf.de>

Bendiek, Annegret: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa.
In: Der Bürger im Staat, 1/2-2007, S. 51–60.

Kalman, Michael: Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Chronik der Ereignisse.
In: Pax Christi (Hrsg.): Bosnien-Herzegowina. Die Chancen einer gerechten Lösung. Politische Vierteljahresschrift 4/1994, S. 11–18.

Loquai, Heinz: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999. Baden-Baden 2000, S. 170–174.

M 1

Vielfalt

Ich regiere ein Land mit zwei Alphabeten, drei Sprachen, vier Religionen und fünf Nationalitäten, die in sechs Republiken leben, von sieben Nachbarn umgeben sind und mit acht Minderheiten auskommen müssen. *Josip Broz Tito*

Zum Ausfüllen

Recherchiere, was Josip Broz Tito mit seiner Aufzählung gemeint hat!

Alphabete

1. _____
2. _____

Sprachen

1. _____
2. _____
3. _____

Religionen

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____

Nationen

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

Republiken

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____

Nachbarn

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____
7. _____

Minderheiten

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____
7. _____
8. _____

M 2

Wer bin ich?

Ich lebe in einem Land das viele blutige Kriegsmonate hinter sich hat; ihnen [meinen Freunden im Ausland] fällt es schwer, zu verstehen, dass es mir zum Schicksal geworden ist, Kroatin zu sein. Wie kann ich ihnen erklären, dass ich in diesem Krieg über meine Nationalität definiert werde, und zwar einzig und allein darüber? (...) Zusammen mit Millionen anderen Kroaten wurde ich an die Wand der Nationalitätenfrage gedrängt – nicht allein aufgrund des äußeren Drucks durch Serbien und die Bundesarmee, sondern auch durch die innere nationale Homogenisierung in Kroatien. (...) Ich bin niemand mehr, weil ich keine Person mehr bin. Ich bin eine von 4,5 Millionen Kroaten. (...) Ich fühle mich wie eine Waise, weil der Krieg mich des einzigen wahren Besitzes beraubt hat, den ich in meinem Leben erworben hatte, meiner Individualität. (...) Ich habe jedoch keine Wahl, jetzt nicht mehr. Ich denke niemand hat eine Wahl.

Slavenka Drakulić: Sterben in Kroatien. Vom Krieg mitten in Europa. Reinbek bei Hamburg 1992, S. 83f.

ARBEITSFRAGEN

- Was meint die Schriftstellerin Slavenka Drakulić mit dem Satz „Ich bin niemand mehr, weil ich keine Person mehr bin“?
- Habt ihr euch auch schon einmal so gefühlt? Wenn ja, warum?

M3

Symbole für ethnische Zugehörigkeit



ARBEITSFRAGEN

- Sucht Symbole, die die ethnische Zugehörigkeit zu einer Gruppe ausdrücken sollen. Denkt zum Beispiel an Fahnen, Lieder und ähnliches.
- Woher rührt die Faszination, die solche Symbole auf viele Menschen ausüben?
- Welche Symbole sprechen euch an?

Arbeitsblatt 2 - Analyse von Konflikten

M 1

Fragen für die Konfliktanalyse

1. Worum geht es bei dem Konflikt?

Handelt es sich um einen Mikro- oder Makrokonflikt? Handelt es sich um einen Konflikt, bei dem die Konfliktparteien auf der gleichen Ebene stehen (symmetrischer Konflikt) oder verfügen sie über unterschiedliche Macht- und Einflussbereiche (asymmetrischer Konflikt)?

Um welche Art von Konflikt handelt es sich?

- Handelt es sich um einen inhaltsorientierten Konflikt, bei dem es um eine konkrete Sache geht?
- Handelt es sich um einen wertorientierten Konflikt, bei dem es darum geht, was sein sollte?
- Handelt es sich um einen interessenorientierten Konflikt, bei dem es z. B. um die Verteilung knapper Ressourcen geht?
- Handelt es sich um einen machtorientierten Konflikt, bei dem es darum geht, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu klären?
- Handelt es sich um einen Konflikt, bei dem auch ethnische Zugehörigkeiten oder vergangene Traumata eine Rolle spielen (Identitätskonflikt)?

2. Konfliktgeschichte

- Welche strukturellen Ursachen hat der konkrete Konflikt? Ist dieser Konflikt nur ein Symptom, ein Ausdruck für einen tieferliegenden gesellschaftlichen Konflikt?
- Wie sieht die Geschichte dieses Grundkonfliktes aus?
- Welche konkreten Ursachen hat der aktuelle Konflikt? Was war der auslösende Faktor?

3. Konfliktzusammenhang

- Wie hängen die strukturellen Ursachen mit dem aktuellen Konflikt zusammen?
- Welche Rolle spielen einzelne Personen oder Gruppen?
- Welche Beziehungen bestehen zwischen den direkt betroffenen, den indirekt betroffenen Konfliktakteuren, den parteiischen und den unparteiischen Dritten?

4. Konfliktparteien

- Wer sind die beteiligten Konfliktparteien, die einen entscheidenden Einfluss auf das Konfliktgeschehen haben? (1) Direkt betroffene Personen und/oder Gruppen, deren Ziele unvereinbar und die direkt in das Konfliktgeschehen involviert sind? (2) Indirekt betroffene Personen und/oder Gruppen, die nicht direkt am Konflikt beteiligt sind, aber von den Konfliktfolgen berührt werden? (3) Interessierte dritte Parteien und ihre Interessen?

5. Konflikteskalation

- Welche Phasen der Konflikteskalation lassen sich benennen?
- Wodurch wurden sie ausgelöst?

6. Praktizierte Konfliktregelung

- Mit welchen Mitteln wird der Konflikt ausgetragen?
- Welche Regelungen wurden gefunden?

7. Prognose

- Wie wird sich der Konflikt vermutlich weiterentwickeln?

Zum Ausfüllen

Wähle einen Konflikt aus (Bosnien/Kosovo/Mazedonien) und versuche mit Hilfe von M1, den Informationen in dieser Broschüre und einer Recherche im Internet (z. B. unter www.akuf.de oder www.hiik.de) das folgende Raster stichwortartig auszufüllen:

1. Konfliktbeschreibung

2. Konfliktgeschichte

3. Konfliktzusammenhang

4. Konfliktparteien

5. Konflikteskalation

6. Praktizierte Konfliktregelung

7. Prognose

Konflikt-Kurzfassung

Versuche, den Konflikt in einem Satz zusammenzufassen.

Konflikt-Kurzfassung

Sucht ein Foto (in dieser Broschüre oder im Internet), welches den Konflikt für euch am besten ausdrückt.

Information

Folgen des Krieges

Bezüglich der Opferzahlen des Krieges liegen keine gesicherten Erhebungen vor.

Dem Statistischen Amt der Föderation von Bosnien und Herzegowina zufolge verzeichnet der Krieg eine traurige Bilanz von ungefähr

- 242.300 Toten,
- 175.300 Verwundeten,
- 36.470 Vermissten,
- 30.000 vergewaltigten Frauen und 10.000 vergewaltigten Mädchen,
- 2,7 Millionen Binnenvertriebenen,
- 3,8 Millionen Flüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina sowie Kroatien ins Ausland.

Eine Erhebung des Research and Documentation Centre in Sarajewo kam zu dem Ergebnis, dass während des gesamten Bosnien-Krieges wahrscheinlich rund 100.000 Menschen ums Leben gekommen seien.

Vgl. www.idc.org.ba/project/populationlosses.html

Hintergründe und Verlauf des Krieges

Die Bevölkerung Bosnien und Herzegowinas weist von allen ehemaligen jugoslawischen Republiken nicht nur die größte Nationalitätenvielfalt auf, sondern auch die größte Vermischung der Volksgruppen in den meisten Landesteilen. Schon früh meldeten sowohl Serben als auch Kroaten Anspruch auf weite Teile Bosnien und Herzegowinas an. Nachdem sich das bosnische Parlament am 15. 10. 1991 mit der Mehrheit der muslimischen und kroatischen Abgeordneten für die Unabhängigkeit der Republik aussprach, riefen die Serben, die zuvor eine Konföderation der drei Völker innerhalb eines föderalistischen Jugoslawiens befürwortet hatten, im Januar 1992 die „Republik des serbischen Volkes in Bosnien und Herzegowina“ aus. Derweil endete ein von der EG als Bedingung für die Anerkennung von Bosnien und Herzegowina gefordertes und von den Serben boykottiertes Referendum am 1. 3. 1992 mit einer Mehrheitsentscheidung für die Unabhängigkeit. Die Diskussion zwischen den drei Volksgruppen über mögliche Verfassungsmodelle brachte keine Lösung des Konflikts, der daraufhin im Verlauf des Monats eskalierte.

Zu Beginn kämpften auf der serbischen Seite Freischärlerverbände, die sich Mitte Mai zur „Armee der serbischen Republik Bosnien und Herzegowina“ zusammenschlossen. Auf der Gegenseite kämpften muslimische und kroatische Truppen. (...) Das militärische Kräftegleichgewicht verschob sich im Verlauf der Kampfhandlungen relativ schnell zugunsten der Serben. (...)

Ab Oktober 1992 fanden zunehmend Kämpfe zwischen den formal Verbündeten, den bosnischen Muslimen und den bosnischen Kroaten statt. Dabei wurde vor allem Mostar umkämpft, das von den Kroaten zur Hauptstadt der proklamierten autonomen Region „Herceg-Bosna“ erklärt wurde.

Diverse Sanktionsmaßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft, wie das von den UN verhängte Wirtschafts- und Erdölembargo gegen Restjugoslawien und die Verhängung einer Flugverbotszone über Bosnien und Herzegowina, die Wirtschaftssanktionen der EU sowie die Durchführung einer Seeblockade durch NATO und WEU konnten den Konflikt nicht eindämmen. Am 8. 6. 1992 beschloß die UN die Entsendung von Truppen in Höhe von 1.100 Mann zur Kontrolle des Flugplatzes in der von Serben belagerten Hauptstadt Sarajewo, zwecks Ermöglichung humanitärer Hilfsflüge. Drei Monate später wurde diese Truppe auf 6.000 Mann aufgestockt.



Das Jahr 1993 war von mehreren gescheiterten Friedensplänen und zahllosen eingegangenen und kurz darauf wieder gebrochenen Waffenstillständen gekennzeichnet. (...) Unter Regie der USA konnte am 18. 3. 1994 mit der Unterzeichnung des „Washington-Abkommens“ die Kampfhandlungen zwischen Muslimen und Kroaten beendet werden. (...)

Nachdem die Serben im Juli 1995 die UN-Schutzzone Srebrenica und Žepa erobert hatten und auch Sarajewo wieder unter Beschuss stand, trotz einem dort zuvor erreichten Rückzug der Serben, nahm die NATO im Auftrag der UN erstmals massive Bombardements serbischer Stellungen auf. Dabei wurden über 3.000 Luftsätze auf strategische Ziele in ganz Bosnien geflogen. Ferner wurde der Einsatz einer 10.000 Mann starken „schnellen Eingreiftruppe“ beschlossen, die einen effektiven Schutz der UN-Truppen und ihres Einsatzes ermöglichen sollte.

Mitte September eröffnete die mittlerweile schlagkräftigere bosnische Regierungsarmee und die mit ihr verbündeten Kroaten eine großangelegte Offensive, in deren Verlauf sie weite Gebiete in Nordwest- und Zentralbosnien eroberten und Geländegewinne von über 4.000 Quadratkilometern erzielten. Die von den Serben bislang gehaltene lange Frontlinie in Bosnien brach daraufhin zusammen. Unter amerikanischer Regie wurde schließlich ein Waffenstillstand ausgehandelt, der am 12. 10. 1995 in Kraft trat.

www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/211_bosnien.htm

Hintergrund 2 - Bosnien heute

Das „Dayton Peace Agreement“

Am 14. Dezember 2005 jährte sich zum zehnten Mal die Unterzeichnung des Abkommens von Dayton, mit dem der dreieinhalbjährige Krieg in Bosnien und Herzegowina beendet wurde.

Am Verhandlungstisch saßen neben dem damaligen US-Präsidenten Bill Clinton, der die Leitung der Gespräche übernahm, die Präsidenten von Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien Alija Izetbegović, Franjo Tudjman und Slobodan Milošević. Alle drei sind zwischenzeitlich gestorben. Zuletzt Slobodan Milošević. Der ehemalige Präsident Jugoslawiens verstarb am 11. März 2006 im Gefängnis bei Den Haag, wo er seit 2001 vor dem Internationalen Tribunal für Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien als Angeklagter stand. Ein Urteil wurde nicht gesprochen. „Der Friede musste mit jenen geschlossen werden, die für das Blutvergießen mitverantwortlich waren. Es ging in Dayton nicht um die Wiederherstellung von Gerechtigkeit, sondern um die Beendigung des Krieges. Dass dies gelungen ist, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden“, so die Neue Zürcher Zeitung am 22. November 2005. Ein einheimischer Mitarbeiter einer Hilfsorganisation, der die Belagerung von Sarajewo überlebt hat, äußert sich ähnlich: „Um den Krieg zu beenden, hätten wir angesichts all des Leidens und all der Toten ein Abkommen mit dem Teufel unterzeichnet. Nichts anderes spielte eine Rolle“ (UNHCR: Flüchtlinge Nr. 3/2005, S. 13).

Die Parteien verpflichteten sich, gegenseitig ihre Souveränität zu achten, die Kampfhandlungen in Bosnien und Herzegowina zu beenden und ihre Truppen hinter vereinbarte Trennlinien zurückzuziehen und erzielten eine Übereinkunft über die territoriale und politische Einrichtung eines gemeinsamen Staates Bosnien und Herzegowina. Es entstand das wohl weltweit komplizierteste politische Gebilde: Ein zweigeteilter Staat dreier Nationen. Der Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina (BiH) wurde in zwei „Entitäten“ aufgeteilt: die „Republika Srpska“ und die „kroatisch-bosnische Föderation“, die wiederum in zehn weitestgehend ethnisch homogene Kantone unterteilt ist.

Für die Überwachung der Umsetzung des „Dayton Peace Agreement“ (DPA) zuständig war zunächst auf militärischer Seite die internationale Friedensstruppe (früher IFOR (Implementation Force)/SFOR (Stabilization Force) seit 2004 EUFOR (European Union Force in Bosnia and Herzegovina)) und auf ziviler Seite der „Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina“ der gleichzeitig EU-Sonderbeauftragter ist. (Letzter Amtsinhaber war 2007 bis 2009 der slowakische Diplomat Miroslav Lajčák.)

Menschenrechte

Die Menschenrechtslage in Bosnien und Herzegowina hat sich seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton im Dezember 1995 nicht zuletzt aufgrund der intensiven internationalen Bemühungen weiterhin deutlich verbessert. Bosnien und Herzegowina trat 2002 dem Europarat bei. In diesem Zusammenhang wurde auch die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert und die Todesstrafe abgeschafft.

Auswärtiges Amt: Siebter Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen. Berlin 2006, S. 273.

Zehn Jahre nach Dayton - Eine Zwischenbilanz

Zehn Jahre nach dem Friedensschluss von Dayton wird immer wieder auf die Schwächen des Vertragswerks hingewiesen und die Forderungen nach politischen Reformen, um das Zusammenwachsen der Volksgruppen zu fördern sowie übersichtlichere Strukturen zu schaffen werden lauter. Eine Zwischenbilanz könnte folgendermaßen aussehen:

POSITIV

- Kein neuerlicher Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzungen (obwohl die internationale Friedenstruppe von ca. 69.000 (Höchststand) auf 7.000 Soldaten reduziert wurde).
- Deutlicher Rückgang politisch motivierter Gewalt.
- Nahezu uneingeschränkte Bewegungsfreiheit.
- Vielfältiges Medienangebot: Den Menschen steht es offen, andere Informationsquellen als die der staatlichen Strukturen zu nutzen.
- Zunehmende Demokratisierung: weitestgehend ungehindertes Agieren politischer Parteien.
- Wahlen: Es hat bereits eine Vielzahl von demokratischen Wahlen stattgefunden (anfangs vor allem unter Beobachtung der OSZE).

NEGATIV

- Keine ausreichende wirtschaftliche und soziale Erholung trotz massiver finanzieller Unterstützung: Die Hälfte der bosnischen Bevölkerung lebt dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) zufolge an oder unterhalb der Armutsgrenze, 50 Prozent haben keine Gesundheitsversorgung und 18 Prozent keinen Anschluss an das Stromnetz. Die aufgeblähte Bürokratie in BiH – fünf Präsidenten, zehn Premierminister, 13 Bildungsminister, um die unterschiedlichen Machtstrukturen zu besetzen – verschlingt 60 Prozent des Bruttoinlandproduktes des Landes.
- Politikverdrossenheit angesichts der schlechten sozialen Lage des Landes. An den Wahlen 2002 und 2004 beteiligten sich weniger als 50 Prozent der Stimmberechtigten, 2006 kamen zudem stark nationalistische Kräfte an die Macht.
- Fehlende Identifikation mit dem Gesamtstaat.
- Sowohl bei der Arbeitssuche als auch beim Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildungswesen kommt es verbreitet zu einer „stillen“ Diskriminierung (UNHCR).
- Noch immer befinden sich ca. 10.000 Kriegsverbrecher auf freiem Fuß (darunter der bosnisch-serbische Ex-General Ratko Mladić).
- Weiterhin warten ca. 620.000 Flüchtlinge und Binnenvertriebene darauf, an ihre früheren Wohnorte zurückkehren zu können (UNHCR).

LEXIKON

Hoher Repräsentant

Der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina überwacht seit 1995 die Durchführung der zivilen Aspekte des Dayton-Abkommens.

Er repräsentiert die internationale Gemeinschaft durch die Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina. Der Hohe Repräsentant hat alle Rechte um die Einhaltung des Friedensvertrages zu sichern, er kann z. B. Minister entlassen und Gesetze erlassen. Seit März 2002 ist der Hohe Repräsentant auch der EU-Sonderbeauftragte für Bosnien und Herzegowina (von der EU wird die ihm unterstellte Behörde im Deutschen „Amt des Hohen Repräsentanten“ genannt).

Letzter Amtsinhaber war von 2007 bis 2009 der slowakische Diplomat Miroslav Lajčák.
www.wikipedia.de

M 1

Fremdbestimmung und Demokratie?

Die Fremdbestimmung geht so weit, dass man Bosnien und Herzegowina als ein internationales Protektorat einstufen muss. Seine Bürger entscheiden zwar durch allgemeine, freie, gleiche, geheime und kompetitive Wahlen über die Zusammensetzung von Parlamenten und Regierungen. Doch entfalten diese Urnengänge bisher aus zwei Gründen nur äußerst geringe Wirksamkeit. Zum einen, weil der Hohe Repräsentant gewählte Politiker absetzen kann, zum anderen, weil die gewählten Politiker kaum noch Autonomie über die Entscheidungsprozesse besitzen. (...) Das kleine Büro, das anfänglich die zivilen Aufgaben der Friedenskonsolidierung koordinieren sollte, wurde zum Regierungssitz der Statthalter jener, die sich Internationale Gemeinschaft nennen.

Die externen Akteure wollen zwar demokratische Werte und Prinzipien vermitteln, setzen dabei aber undemokratische Mittel ein. Die Bürger von Bosnien und Herzegowina sollen lernen, dass politische Entscheidungen demokratisch zustande kommen müssen. Allerdings können sie den Hohen Repräsentanten, der das wichtigste Amt im Land ausfüllt, nicht aus mehreren Kandidaten auswählen. In einer Demokratie sollen eine gewählte Opposition und Gewaltenteilung die Macht der Regierung beschränken und kontrollieren. Es gibt jedoch keine von den Bürgern berufene Opposition oder eine unabhängige Justiz, die die Macht des Hohen Repräsentanten begrenzen. Das Recht soll jeden binden. Das OHR (Office of the High Representative) steht faktisch über dem Gesetz. Bei Absetzungen ist das Büro des Hohen Repräsentanten Ankläger und Richter in einem. Das internationale Protektorat über Bosnien und Herzegowina bedeutet die Herrschaft ‚wohlwollender Despoten‘ oder noch überspitzter formuliert: Sie kommt einer Demokratisierungsdiktatur gleich.“
Vgl. Thorsten Gromes / Bernhard Moltmann / Bruno Schoch: Demokratie-Experiment in Nachbürgerkriegsgesellschaften. Bosnien und Herzegowina, Nordirland und Kosovo im Vergleich. HSFK-Report 9/2004, S. 10f.

M 2

Herrschaft des Volkes?

Auszüge aus einem Interview der bosnischen Tageszeitung „Dnevni Avaz“ vom 13.01.2009 mit Miroslav Lajčák, dem Hohen Repräsentanten/ EU-Sonderbeauftragten in Bosnien und Herzegowina (2007–2009).

Miroslav Lajčák: Sehr häufig fordern mich Leute auf, diesen oder jenen Politiker abzusetzen, dieses oder jenes Gesetz zu erlassen. Gleichzeitig gewinnen eben jene Politiker regelmäßig die Wahlen. (...) Wenn es auch nach 300 Absetzungen und über 900 Entscheidungen des Hohen Repräsentanten keine radikale Veränderung der Situation gibt, dann ist eindeutig, dass Bosnien und Herzegowina durch Sanktionen der Internationalen Gemeinschaft keinerlei Fortschritte machen kann. In allen demokratischen Ländern sind es die Bürger, die diejenigen maßregeln, die nicht in ihrem Interesse handeln. (...)

Daher erwarte ich von Bürgern und den Medien zukünftig mehr Acht zu geben auf die Leistung – und die Fehlleistung – welche staatliche und regionale Parlamente, Regierung und andere Institutionen erbringen und rechtmäßige Mittel einzusetzen, wie sie in der demokratischen Welt üblich sind, um jene zur Vernunft zu bringen. (...)

Vierzehn Jahre nach dem Krieg wählen Sie unvorbereitete, inkompetente und selbstsüchtige Politiker, die nicht in der Lage sind sich zusammen zu setzen und eine Übereinkunft im Interesse des Staates und seiner Institutionen zu erreichen und ein Mindestmaß an Bedürfnissen ihrer Bürger zu erfüllen. (...) Sie erwarten vom Hohen Repräsentanten, dass er seinen Zauberstab erhebe und die Probleme zugunsten dieser oder jener Volksgruppe löse.

www.ohr.int/ohr-dept/preso/pressi/default.asp?content_id043038

Übersetzung aus dem Englischen

ARBEITSFRAGEN

Kann man Demokratie von einem Land in ein anderes „exportieren“? Wo sind die Probleme, Herausforderungen, die Grenzen, aber auch die Chancen?

Mach mit! Ein Brief für Demokratie

Stell' dir vor, du hättest einen Brieffreund/ eine Brieffreundin in Bosnien und Herzegowina. Was würdest du schreiben, um sie/ ihn zu einem Engagement für Demokratie zu begeistern?

Liebe/ Lieber ...



Das Ziel der Arbeit von SHL in Bosnien und Herzegowina ist es, Jugendliche zu ermutigen sich an dem Aufbau einer demokratischen, friedlichen Gesellschaft zu beteiligen. Statt dem politischen Geschehen ohnmächtig zuzusehen, sollen sie sich selbst für ihre Ziele einsetzen und dafür sorgen, dass sie in dem zerrissenen Land Bosnien und Herzegowina eine Zukunft haben. Schüler Helfen Leben ist der beste Beweis dafür, dass Schülerinnen und Schüler sehr wohl etwas tun können.

Über ein Jahrzehnt nach dem Abkommen von Dayton steht die Stärkung der jungen Bevölkerungsgruppe kaum auf der Agenda der Politiker in Bosnien und Herzegowina. In den Schulen dominiert Frontalunterricht und Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern in der Schule ist so gut wie unbekannt.

SHL unterstützt Schülerinnen und Schüler darin, eine Schülervertretung (SV) an ihrer Schule aufzubauen und führt eigene Seminare dazu durch. SHL ist ein bedeutender Träger eines Kommunikationsnetzwerkes zwischen den Schulen in Bosnien und Herzegowina und mittlerweile auch ein wichtiger Ansprechpartner staatlicher Instanzen, wenn es um Jugendarbeit geht.

Demokratisierung und Aufbau einer Zivilgesellschaft dauern lange. Während die etablierten Medien häufig noch geprägt sind von Vorurteilen über die jeweils andere ethnische Bevölkerungsgruppe, haben Jugendliche mit Hilfe von SHL in Bosnien

die erste bosnienweite Jugendzeitung initiiert – Serben, Kroaten und Bosniaken arbeiteten hier gemeinsam. SHL bestärkt Jugendliche darin, ihre eigene Meinung zu vertreten und sich kritisch mit den Medien und der Politik in ihrem Land auseinanderzusetzen.

Darüber hinaus organisiert SHL kontinuierlich unterschiedliche Seminare, Jugendbegegnungen und Camps, die für viele Jugendlichen eine der ersten Möglichkeiten in ihrem Leben sind, Gleichaltrige der anderen Volksgruppen kennen zu lernen.

SHL unterstützt mit kleinen Projektfonds die Eigeninitiative von Jugendlichen, so dass sie eine Chance bekommen, selbständig einen kleinen Teil ihrer Vorstellungen zu verwirklichen.

Ein neutraler Ort der Begegnung Das SHL-Haus in Sarajevo

Ziel des SHL-Hauses in Sarajevo ist es, einen sicheren und atmosphärisch geeigneten Begegnungsort für Versöhnungsarbeit und einen Anlaufpunkt für internationale Jugendgruppen zu schaffen.

Das SHL-Haus ist das Ergebnis des Sozialen Tages 1998. Mit dem verdienten Geld kaufte SHL das Gebäude und baute es zu einem einzigartigen Seminarhaus um.

In dem immer noch von Vorurteilen gegenüber der jeweils anderen ethnischen Bevölkerungsgruppe geprägten Land ist das Haus ein ideologisch neutraler Ort. Ob jemand Kroat, Serbe oder Bosniak ist, ist hier völlig egal. Keine Selbstverständlichkeit in einem Land, in dem die Menschen immer noch unter den traumatischen Erfahrungen des Bürgerkrieges leiden. Im SHL-Haus organisieren junge Leute ihre Aktivitäten, besuchen oder planen Workshops – schauen Filme oder verbringen einfach Zeit miteinander.

Das Haus bietet neben technisch multifunktional ausgestatteten Räumlichkeiten für Workshops komfortable Jugendherbergzimmer, die auch als Einzelzimmer gemietet werden können. Meistens bestimmt der Seminarablauf den Tagesrhythmus. Jedes Jahr finden über 20 externe und 10 interne SHL-Seminare statt. Alle Überschüsse, die das Haus erwirtschaftet, werden für die Jugendarbeit von SHL in Bosnien und Herzegowina verwendet. *Schüler Helfen Leben, Projektbeschreibung*

Steckbrief

Bosnien und Herzegowina

Ländername:
Bosnien und Herzegowina / Bosna i Hercegovina (BiH)

Hauptstadt:
Sarajevo (1991: 527.049 Einwohner; 2007: ca. 400.000)

Bevölkerung:
ca. 3,8 Mio. Einwohner (Schätzung, letzter Zensus 1991)

Landessprache:
Bosnisch-Serbisch-Kroatisch, mit lateinischem (bosnisch/kroatisch) und kyrillischem Alphabet (serbisch)

Religionen:
2007 (geschätzt): 48,3 % Muslime, 34 % Serbisch-Orthodoxe, 15,4 % Katholiken

Staats- und Regierungsform:
Demokratischer Bundesstaat mit zwei starken konstitutiven Landesteilen (Entitäten): Föderation von Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska.
www.auswaertiges-amt.de

Hintergrund 1 - Krieg im Kosovo

Steckbrief

Kosovo

Ländername:

Republik Kosovo

Landesfläche:

10.877 km²

Hauptstadt:

Pristina, ca. 550.000 Einwohner

Bevölkerung:

ca. 21 Mio. Einwohner

Landessprachen:

Albanisch und Serbisch sind Amtssprachen, die entsprechend den Siedlungsgebieten Anwendung finden.

Staats- und Regierungsform:

Republik, anerkannt von derzeit 54 Staaten weltweit. (Stand: Februar 2009)
www.auswaertiges-amt.de/

Grundkonflikt und Eskalation

Der Grundkonflikt beruht auf der politisch umstrittenen Zugehörigkeit der Provinz Kosovo. Von albanischer Seite wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker bemüht, während von serbischer Seite Anspruch auf territoriale Integrität, aufgrund historischer, sozioökonomischer und kultureller Streitpunkte erhoben wird.

Auch das Zusammenleben der beiden Bevölkerungsteile gestaltet sich aus sprachlichen, politischen sowie kulturellen Gründen schwierig. Der Jahrhunderte schwelende Konflikt führte zu wechselseitigem Misstrauen und Ablehnung. 1989 wurde dem Kosovo im Zuge zentralisierender Reformen der Regierung Milošević das Selbstbestimmungsrecht entzogen. Das Parlament des Kosovo beschloss 1990 die Unabhängigkeit von der Regierung Serbiens und wurde daraufhin von dieser abgesetzt. Die albanische Bevölkerung antwortete mit der Gründung einer Untergrundregierung und dem Aufbau paralleler Gesellschaftsstrukturen in Bildung, Gesundheitswesen und Wirtschaft.

Die Führung der selbsternannten „Albanischen Republik Kosovo“ unter Ibrahim Rugova setzte auf gewaltlosen Widerstand um ihr Ziel, die unabhängige Republik, bei der Staatengemeinschaft durchzusetzen.

Wegen beidseitigem Nationalismus und mangelnder Gesprächsbereitschaft verhärteten sich die Fronten jedoch zunehmend.

Eine Kommission der Europäischen Gemeinschaft kam 1992/93 zu dem Ergebnis, dass den Teilrepu-

bliken der Bundesrepublik Jugoslawien, nicht aber den autonomen Provinzen Serbiens ein Recht auf Sezession zustehe.

Nach anhaltender Repression durch die serbische Regierung setzte sich innerhalb der albanischen Bevölkerung die Meinung durch, dass nur eine Eskalation der Gewalt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft wecken würde. Während der pazifistische Weg Rugovas den Rückhalt der Bevölkerung verlor, kam es 1996/97 zu ersten Anschlägen der „Kosovo-Befreiungsarmee“ UÇK. Das Vorgehen Belgrads gegen die Aufständischen mithilfe von Sonderpolizei und Armee ließ den Konflikt 1998 eskalieren. Weite Teile der kosovarischen Bevölkerung solidarisierten sich mit den paramilitärischen Kämpfern der UÇK.

Nachdem die internationalen Vermittlungen auf der Konferenz von Rambouillet im Februar/März 1999 scheiterten, beschloss die NATO nachdem letzte Verhandlungen mit Milošević erfolglos verliefen, einen Luftangriff in der Bundesrepublik Jugoslawien. Die völkerrechtlich sehr umstrittene Intervention führte zu weiteren Kampfhandlungen und in der Folge zu Flucht und Vertreibung vieler Kosovaren in die Nachbarländer.

Nachdem Belgrad am 3. Juli 1999 einlenkte, entschied der Sicherheitsrat der UN in der Resolution 1244 über die Einrichtung einer Protektoratsverwaltung durch die zivile Mission UNMIK und den Einsatz einer NATO Friedenstruppe (KFOR).

Die Kampfhandlungen waren mit der Installation der Übergangsverwaltung beendet, wenngleich die Statusfrage ungeklärt blieb.

Vgl.: Calic, Marie-Janine: *Kosovo: der jüngste Staat in Europa*, in: *ApuZ*, 32/2008, S. 33–36.

Vermittlungsversuche - von Ramboulet zu Ahtisaari

VERHANDLUNGEN VON RAMBOUILLET

- Festlegung der Verfassung des Kosovo;
- Organe der inneren Sicherheit (Polizei, Justiz, Grenzschutz);
- Durchführung von Wahlen im Kosovo;
- Regelung der kosovarischen Wirtschaft im Sinne eines freien Marktes;
- Wiederaufbau des Landes und wirtschaftliche Entwicklung;
- Maßnahmen für die Umsetzung des Abkommens und die dafür zu schaffenden Organe;
- Überwachung der Einhaltung durch internationalen Ombudsmann;
- Abzug der jugoslawischen Streitkräfte innerhalb eines halben Jahres nach Inkrafttreten des Vertrages;
- KFOR kontrolliert den gesamten Verkehr im Kosovo sowie den Luftraum bis 25 km in serbisches Gebiet hinein.

AHTISAARI-PLAN

- Kosovo erhält das Recht, internationale Verträge zu schließen und internationalen Organisationen beizutreten;
- eigene Sicherheitskräfte, Fahne und Hymne;
- Allen Flüchtlingen wird ein Rückkehrrecht zugesichert;
- Die Kosovo-Serben erhalten weitreichende Autonomie und Minderheitenschutz;
- Schutz des Kulturerbes orthodoxer Kirchen und Klöster;
- Die serbische Minderheit darf besondere Beziehungen zu Serbien unterhalten (doppelte Staatsbürgerschaft vorgesehen);
- Eine große EU-Mission mit Kontroll- und Sanktionsbefugnissen löst die UNMIK ab;
- die internationale Friedenstruppe KFOR bleibt weiterhin unter NATO-Kommando.

Hintergrund 2 - Das Kosovo heute



State building unter UN-Protectorat

Die UN Resolution 1244 ließ die Antwort auf die Statusfrage offen. Sie verlangte sowohl die Förderung „substanzieller Autonomie“ des Kosovo wie auch „Souveränität und territoriale Integrität“ des Staates Jugoslawien. Der zukünftige Status sollte im Rahmen internationaler Stabilisierungs- und Demokratisierungsmaßnahmen im aktiven politischen Prozess bestimmt werden.

Eine Übergangsregierung wurde ab 2001 gewählt, während Themen der Außenpolitik und Sicherheit weiterhin der UNMIK unterstanden.

Nach dem Motto des UN Sonderbeauftragten Michael Steiner, „Standards vor Status“, begannen im Herbst 2003 Sondierungsgespräche mit beiden Konfliktparteien. Zentral waren pragmatische Fragen welche sich mit der Lebenssituation der Menschen befassten. Bevor der Status des Kosovo thematisiert werden konnte, sollten Grundbedingungen der Staatlichkeit erfüllt sein. So standen der Aufbau von Institutionen und Rechtsstaatlichkeit, ebenso wie die Regelung der Flüchtlingsrückkehr und Sicherung von Grundfreiheiten im Fokus des Dialogs.

Gewaltausbrüche 2004

Im März 2004 kam es, ausgelöst von Medienberichten über den Tod dreier albanischer Jugendlicher zu Protesten in der geteilten Stadt Mitrovica. Diese weiteten sich zu emotionsgeladenen Konfrontationen aus, in deren Anschluss es zu pogromartigen Ausschreitungen gegen Serben kam. UN-Verwaltung und Polizei konnten, trotz Unterstützung durch die KFOR, nicht konsequent durchgreifen.

Als Ursache für die Ausschreitungen werden Perspektivlosigkeit und Frustration der von Extremisten mobilisierten Jugendlichen gesehen. Der UN-Botschafter Kai Eide warf der Internationalen Gemeinschaft Tatlosigkeit und Fehleinschätzung der Lage vor. Er empfahl eine endgültige und unverzügliche Klärung der Statusfrage.

Der Ahtisaari Plan

Im Zuge der Abkehrung von der Maxime „Standards vor Status“ unternahm der Sondergesandte der UN, Martti Ahtisaari, erneut den Versuch der Vermittlung zwischen Belgrad und Priština. Dieser scheiterte an der anhaltenden Unnachgiebigkeit beider Parteien.

Der in der Konsequenz von Ahtisaari entworfene Vorschlag einer international überwachten Unabhängigkeit wurde von albanischer Seite angenommen. Da sich die serbische Seite gegen diesen Entwurf aussprach, lehnte Russland ihn im Sicherheitsrat als Lösung ab.

Die USA eröffneten, sie würden auch eine einseitige Unabhängigkeitserklärung anerkennen. Auch einige europäische Staaten waren entschlossen, die Statusfrage abschließend zu klären.

Durch das umstrittene Wohlwollen dieser Regierungen gesichert, erklärte das Kosovo am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit, welche von bisher rund einem Viertel der Staatengemeinschaft anerkannt wurde.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit bleibt völkerrechtlich umstritten. Obwohl sich das Kosovo dazu bereit erklärt hatte, den Ahtisaari Plan umzusetzen, ist die heutige Situation in der Region weiterhin unsicher.

Vgl.: Calic, Marie-Janine: *Kosovo: der jüngste Staat in Europa*, in: *APuZ*, 32/2008, S. 36–40.

Gromes/Moltmann/Schoch: *Demokratieexperimente in Nachbürgerkriegs-gesellschaften. Bosnien und Herzegowina, Nordirland und Kosovo im Vergleich*. HSFK-Report 9/2004, S. 20–29.

Information

Ein Jahr nach der Unabhängigkeit

Ja, es ging ein tiefes Verschnaufen durch die europäischen Hauptstädte nach der Unabhängigkeitserklärung und der Entsendung der Eulex. Aber tief durchatmen ist die falsche Politik, noch haben wir nichts Konkretes vorzuzeigen. Nur weil jetzt die ehemaligen UN-Polizisten ihr hellblaues gegen ein dunkelblaues EU-Barett ausgetauscht haben, haben wir ja noch keine Rechtsstaatlichkeit eingeführt. Verena Knaus: Leiterin des Büros der „European Stability Initiative“ (ESI) in Priština

www.derstandard.at

UNMIK und EULEX im Kosovo

UNMIK

Die UN sollten nach den kriegerischen Ereignissen eine Übergangsverwaltung zur Wiederherstellung normaler Lebensverhältnisse schaffen. Das Mandat der UN-Mission „UNMIK“ (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) basiert auf Resolution 1244. Sie gilt so lange weiter, bis der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sie ändert oder aufhebt.

Vgl.: www.auswaertiges-amt.de

EULEX

Die EU übernimmt den Aufbau von Polizei und Zoll über Justiz bis hin zu Verwaltung. Über 1.800 Fachleute sollen Kosovo beim Aufbau einer effizienten, rechtsstaatlichen Kriterien verpflichteten Polizei und Justiz helfen. Darüber hinaus hat die Mission auch begrenzte exekutive Aufgaben, so zum Beispiel bei der Verfolgung organisierter Kriminalität, Kriegsverbrechen, Korruption und interethnischer Kriminalität sowie Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Vgl.: www.auswaertiges-amt.de

Arbeitsblatt - Humanitäre Interventionen

M 1

**Begriffserklärung
„Humanitäre Intervention“**

Das Eingreifen von Staaten oder internationalen Organisationen in einen bewaffneten Konflikt in einem anderen Staat zur Durchsetzung des Schutzes von Menschenleben.

Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schultze: Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München 2002: Beck, S. 329.

M 2

Begründungen für das Eingreifen der NATO im Kosovo-Konflikt**„Wir führen keinen Krieg“**

Heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milošević führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Die jugoslawischen Sicherheitskräfte haben ihren Terror gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo allen Warnungen zum Trotz verschärft. Die internationale Staatengemeinschaft kann der dadurch verursachten menschlichen Tragödie in diesem Teil Europas nicht tatenlos zusehen. Wir führen keinen Krieg. Aber wir sind aufgerufen eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Gerhard Schröder, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1998–2005). Erklärung am 24. 3. 1999 im deutschen Fernsehen.

„Drei klare Ziele“

Mit unseren Angriffen verfolgen wir drei Ziele: Erstens, die Ernsthaftigkeit, mit der die NATO Aggressionen ablehnt, und ihre Unterstützung des Friedens zu demonstrieren. Zweitens, Präsident Milošević davon abzubringen, seine Angriffe auf hilflose Zivilisten weiterzuführen und zu verstärken, indem wir für diese Angriffe einen hohen Preis fordern. Und drittens, falls erforderlich, der Fähigkeit Serbiens, in der Zukunft Krieg gegen das Kosovo zu führen, durch ernsthafte Verringerung seiner militärischen Fähigkeit zu schaden.

Bill Clinton, Präsident der USA (1994–2001), Erklärung vor dem Pressekorps des Weißen Hauses am 24. 3. 1999 (Auszug); zitiert nach: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/99, S. 630.

„Nackte Aggression“

Russland ist zutiefst empört über die NATO-Militäraktion gegen Jugoslawien, die nichts anderes ist, als nackte Aggression. Allein der

UN-Sicherheitsrat besitzt das Recht, die Maßnahmen zu beschließen, einschließlich des Einsatzes von Streitkräften, die zur Sicherung oder Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit in der Welt ergriffen werden sollen. (...) Die UN-Charta und die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertragsorganisation und der Russischen Föderation sind verletzt worden. Ein gefährlicher Präzedenzfall für die Wiederherstellung einer Politik der Dominanz des Stärkeren wurde geschaffen, und das gesamte gegenwärtige internationale Rechts- und Ordnungssystem wird gefährdet. Wir haben es in der Tat mit dem Versuch der NATO zu tun, das 21. Jahrhundert in der Uniform des Weltpolizisten zu beginnen. Russland wird das niemals akzeptieren.

Boris Jelzin, Präsident der Russischen Föderation (1991–1999), Stellungnahme vom 31. 3. 1999; zitiert nach: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1999, S. 634.

„Krieg für Menschenrechte“

SOLANA: Dies ist kein Krieg im klassischen Sinne. Wir wollen kein Land besetzen, keine Rohstoffe sichern oder neue Handelswege öffnen. Dieser Krieg wird um Werte und um die moralische Verfassung jenes Europas geführt, in dem wir im 21. Jahrhundert leben werden.

FRAGE: Glauben Sie an den gerechten Krieg?

SOLANA: O ja, ich bin überzeugt, dies ist ein gerechter Krieg. Ich habe den Zweiten Weltkrieg nicht erlebt. Ich bin ein 68er. Ich bin wirklich glücklich, als NATO-Generalsekretär in diesen Zeiten von Regierungschefs umgeben zu sein, die sagen, genug ist genug, und die dann auch zum letzten Mittel greifen, nachdem Monate von Verhandlungen mit Milošević nichts gefruchtet haben. Wir sollten stolz sein auf das, was wir tun.

Interview des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL mit dem damaligen NATO-Generalsekretär Solana. Auszüge aus: DER SPIEGEL, Nr. 18/1999, S. 175.

ARBEITSFRAGEN

- **Erstelle eine Übersicht über die unterschiedlichen Begründungen für den NATO-Einsatz im Kosovo!**
- **Gibt es Gemeinsamkeiten oder Widersprüche?**
- **Sind die Begründungen deiner Meinung nach glaubwürdig? Welche teilst du?**
- **Welche Voraussetzungen müssen deiner Meinung nach erfüllt sein, damit ein militärischer Einsatz in einem fremden Land gerechtfertigt ist? Erstelle eine Übersicht!**

Projekt - Kosovo: „Jugendzentrum mit zwei Teilen“

SHL hilft seit 1999 im Kosovo. Schülerinnen und Schüler aus Deutschland haben direkt nach dem Krieg Städte und Gemeinden mit humanitärer Hilfe versorgt und mehrere Schulen wieder aufgebaut und ausgestattet. Seit 2000 ist SHL die Arbeit mit Jugendlichen am wichtigsten. Ihnen gehört die Zukunft. Sie müssen der Gewalt und den Demütigungen im Kosovo ein Ende setzen und gemeinsam einen neuen Anfang wagen. Es ist ein ehrgeiziges Projekt, aber die Erfahrungen in Bosnien und Kroatien haben gezeigt, dass Jugendliche mit Hilfe von SHL das schaffen können, woran die politischen und militärischen Eliten im Land immer wieder scheitern.

Rahovec/Orahovac ist eine Kleinstadt im Südwesten Kosovos mit 22.000 Einwohnern. Auf der einen Seite leben Serben, auf der anderen Seite Kosovo-Albaner. Dann gibt es noch eine Siedlung von etwa hundert Roma, in der die Menschen zum Teil unter dramatischen Bedingungen leben. Obwohl Jugendliche in beiden Teilen der Stadt die gleichen Sorgen und Nöte haben, gibt es kaum Kontakte, geschweige denn Freundschaften zwischen den Bevölkerungsgruppen. Schüler Helfen Leben hat in dieser komplizierten Umgebung ein Jugendzentrum aufgebaut. Im albanischen Teil der Stadt gibt es ein Haus und im serbischen Teil Räume in einer Schule. Hier finden Kurse statt in Fremdsprachen, Informatik, Mathematik und Kunst. Die Kurse dienen zur Vorbereitung auf die Aufnahmeprüfungen der Universität und sie sind ein Ausweg aus dem oft tristen Alltag im Nachkriegskosovo. Die Räume sind offen für Jugendliche aller Bevölkerungsgruppen. In dieser „geschützten Atmosphäre“ – weitgehend unbeobachtet von argwöhnischen Blicken der Nachbarn und Behörden – fällt es leichter, Gleichaltrige aus dem anderen Teil der Stadt zu treffen.

SHL organisiert zusätzlich regelmäßige Trainings zur Friedensarbeit, veranstaltet Sommercamps und Seminare. Im letzten Jahr hat SHL 20 Seminare in beiden Teilen des Jugendzentrums organisiert, an denen serbische und albanische Jugendliche sowie Roma teilgenommen haben. Vor kurzem haben serbische Jugendliche im Rahmen eines SHL-Camps einen spontanen Spaziergang im albanischen Stadtteil unternommen – zum ersten Mal seit sechs Jahren!

Ein erster Anfang. Es soll weitergehen. Die Jugendlichen sollen irgendwann selbst Projekte entwickeln, über ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten streiten und sich trauen, für ihr Recht auf Bewegungsfreiheit und eine selbstbestimmte Zukunft zu kämpfen.

Schüler Helfen Leben, Projektbeschreibung



Hintergrund 1 - Wem gehört das Kosovo?

Steckbrief

Serbien

Ländername

Republik Serbien, Republika Srbija (SRB, RS)

Landesfläche

77.484 km²

Hauptstadt

Belgrad (Beograd),
ca. 2 Mio. Einwohner

Bevölkerung

ca. 7,5 Mio. Einwohner
(Zensus: 2002)

In diesen Zahlen enthalten sind ca. 490.000 Flüchtlinge und Binnenvertriebene aus den früheren Kriegsgebieten.

Ethnische

Zusammensetzung

82,8 % Serben,
3,9 % Ungarn,
2,1 % Bosniaken
bzw. „ethnische Muslime“,
1,4 % Roma,
1,1 % „Jugoslawen“,
0,9 % Montenegriner,
0,9 % Kroaten,
0,8 % Slowaken,
0,8 % Albaner, sowie Angehörige weiterer Gruppen der insgesamt 21 Minderheiten.

Landessprache

Serbisch (geschrieben sowohl in lateinischer wie in kyrillischer Schrift), daneben die Sprachen der Minderheiten, die in deren jeweiligen Siedlungsgebieten offiziell aber nur in beschränktem Umfang Anwendung finden.
www.auswaertiges-amt.de

Der Mythos „Amselfeld“

Die Zukunft des Kosovo ist umstritten. Dabei spielt die Frage, wem das Kosovo gehört eine entscheidende Rolle: Die albanische Mehrheit beruft sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und fordert die Unabhängigkeit, während die Serben das Kosovo als „die Wiege ihrer Nation“ betrachten und aus diesem Grund einem unabhängigen Staat Kosovo nicht zustimmen wollen. Die verlorene „Schlacht auf dem Amselfeld“ (Kosovo) von 1389 ist ein zentraler Aspekt der serbischen Geschichte: Dort habe sich Serbien im Kampf gegen das Osmanische Reich für Europa aufgeopfert. Der Mythos „Amselfeld“ prägt bis heute das historische Selbstverständnis der Nation und der Serben.

Die Schriftstellerin Slavenka Draculi beschreibt diesen Mythos:

Die serbische Presse hat ihn (Ratko Mladić) oft mit Fürst Lazar Hrebeljanović verglichen, der 1389 die Serben gegen die Türken in der Schlacht auf dem Amselfeld anführte. Am Tag vor der Schlacht erschien dem Fürsten der Prophet Elias in Gestalt eines grauen Falken und stellte ihn vor die Wahl: Entweder gewann er die Schlacht und eroberte damit ein Königreich auf Erden, oder er verlor und erlangte damit einen Platz im Himmelreich für sich und sein Volk. Fürst Lazar zögerte nicht lange – er opferte seine Truppen. Und seit diesem 28. Juni, dem Veitstag, an dem die Schlacht verloren ging, betrachten sich die Serben als „himmlisches Volk“, eine Gemeinschaft anderer Art, weil sie das Märtyrertum gewählt hatten.

So entstand der mächtigste, bis heute erstaunlich lebendige serbische Mythos. Oder er wurde vielmehr wiederbelebt, so wie auch andere Nationen ihre Mythen wiederbeleben. Nach so vielen Jahrhunderten kämpften wieder Serben gegen Türken. Nicht gegen die Osmanen von 1389, aber doch gegen Türken oder balijaš, wie der Spottname für die bosnischen Muslime lautet. Es war keine Schlacht auf dem Amselfeld. Sie fand in Bosnien statt und wurde gleichermaßen verloren. Dennoch wurde Mladić, wie einst der Fürst, zum „himmlischen Krieger“, zu einem legendären Helden.

Man könnte sagen, dass die Geschichte des serbischen Volkes eine Geschichte der verlorenen Schlachten ist, aber in Anlehnung an den Amselfeld-Mythos bedeutet Niederlage hier Sieg.



In seiner ersten Ansprache an die Nation nach der 1999 von den NATO-Kräften beigebrachten Niederlage gratulierte der damalige Präsident Slobodan Milošević den Serben zum Triumph. Er tat es in der besten Tradition der Amselfeldschlacht, wo die militärische Niederlage auf Erden zum spirituellen Sieg wird (...) Ratko Mladić steht in der jüngsten serbischen Mythologie über Milošević. (...) Er lebt weniger in der realen Welt als in einer Welt der Legenden. Sogar bei seinen öffentlichen Auftritten passierte es ihm, dass er in ein und demselben Satz Vergangenheit und Gegenwart vermischt. Als er Srebrenica eingenommen hatte, sagte er vor einer TV-Kamera: „Diese Stadt übergebe ich dem serbischen Volk als Geschenk zum Veitstag... Endlich haben wir Rache an den Türken genommen!“ Über 600 Jahre nach der Schlacht auf dem Amselfeld redet Ratko Mladić über Rache an den Türken, obwohl es in Bosnien längst keine Türken mehr gibt. Aber in seiner Mythenwelt brachte er, der serbische Racheengel, seinem Volk endlich Gerechtigkeit, indem er den Mord an Tausenden bosnischen Muslimen in Srebrenica befahl.
Slavenka Drakulić: Keiner war dabei. Kriegsverbrechen auf dem Balkan vor Gericht. Wien 2003: S. 157–160.

Hintergrund 2: Serbien heute

Aufkeimende Nationalismen nach ethnischer Spaltung

Mit dem Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren erstarkten in allen Teilrepubliken nationalistische Politiken. Die Lösung für ökonomische und soziale Probleme wurde in der Betonung nationaler Interessen gesucht. In den jungen Demokratien der Region entschieden sich die einzelnen Bevölkerungsteile, stark emotionalisiert, für die jeweilige Sezession.

Nach einer Volkszählung von 1981 lebten nur 60 Prozent der jugoslawischen Serben auf serbischem Gebiet. Die übrigen Serben stellten ethnische Minderheiten innerhalb der Nachbarrepubliken dar. Dieser Umstand war Ausgangspunkt für Marginalisierungsängste der serbischen Bevölkerung, welche sich in der Politik niederschlugen. Die kommenden Kriegsjahre waren gekennzeichnet von durch Opfermythen aufgeladene Politik aller Konfliktparteien.

Die Abspaltung und Anerkennung der einzelnen Teilrepubliken und des Kosovo durch weite Teile der internationalen Gemeinschaft bestärkten die serbische Bevölkerung in ihrer Wahrnehmung als Opfer.

Innenpolitische Situation

Der Sturz Miloševićs im Oktober 2000 ließ ein Erstarken demokratischer Kultur und Politik in Serbien erhoffen. So erreichte das demokratische Bündnis, welches die erste Regierung stellte, die Lösung aus der internationalen Isolation. Die Erwartungen der Bevölkerung bezüglich der Verbesserung des Lebensstandards konnten allerdings nicht erfüllt werden, sodass der Rückhalt in der Bevölkerung schwand. Die folgende Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Koštunica sah sich mit Transitions- und Reformproblemen vor allem im Bereich Wirtschaft und Verwaltung konfrontiert. Das Bündnis zerbrach im März 2008 nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

Regierungsbildung

Ministerpräsident Koštunica schlug dem Staatspräsidenten Tadić Neuwahlen für den 11. Mai 2008 vor, da dieser nicht bereit war, die EU-Annäherung des Landes und den politischen Kampf gegen die Kosovo-Unabhängigkeit zu verbinden. Koštunicas Partei und die Radikalen verlangten, kein internationales Abkommen mit der EU zu schließen, in dem das Kosovo nicht Teil Serbiens sei. Tadić ging nur als knapper Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervor, da er ausgerechnet in dieser Kernfrage des Kosovostatus keine Alternativen anbot. Der Fokus der Politik Tadićs lag auf der Annäherung an Europa. Die Gegenseite warnte davor, dass der Preis für ein EU-Serbien das Kosovo sei. Die serbische Bevölkerung bekam dadurch vermittelt, dass sie auf dem europäischen Weg auf ihre Identität, welche stark mit dem Gebiet des Kosovo verknüpft ist, sowie auf 15 Prozent des Staatsterritoriums verzichten müssten.

Dilemma Serbiens

Um die europäische Perspektive Serbiens zu stärken wurde die Unterzeichnung des Stabilitätsabkommens durch die EU noch vor der Wahl 2008 ermöglicht.

Seit Juli 2008 ist die proeuropäisch ausgerichtete Koalition unter Ministerpräsident Mirko Cvetković im Amt. Von westlichen Medien hoch gelobt haben sich die Bürgerinnen und Bürger Serbiens gegen Nationalismus und für Europa entschieden. Der knappe Wahlausgang lehnt eine andere Betrachtung nahe: Auch neun Jahre nach dem Sturz Miloševićs existiert der Nationalismus im Land weiter, es herrscht Korruption, die Arbeitslosigkeit ist hoch, das Gesundheitswesen marode und der soziale Abstieg weiter Teile der Bevölkerung gravierend.

Vgl.: www.auswaertiges-amt.de
HBS, *Politischer Jahresbericht Südosteuropa 07/08*
Stahl, Bernhard: *Serbiens Geisterfahrt nach Europa*.
In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 3/2008:
www.fes.de.
Sundhausen, Holm: *Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen*. In: *Apuz* 32/2008, S. 9–18.

Information

Serbiens Schritte Richtung EU

Der Westliche Balkan nimmt am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) der EU teil. Dieses Instrument erlaubt es den Ländern, durch individuelle Reformschritte das Tempo ihrer Annäherung an die EU selbst zu bestimmen. Ein wesentlicher Schritt im SAP ist der Abschluss eines Sicherheits- und Assoziierungsabkommen (SAA). Mit Serbien wurde im April 2008 ein SAA unterzeichnet.

Das SAA muss allerdings noch von den EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Da dies üblicherweise mehrere Jahre dauert, sollen einige seiner Bestimmungen mit einem sogenannten „Interimsabkommen“ vorzeitig in Kraft gesetzt werden. Die EU hat beides – Ratifizierung des SAA und Interimsabkommen – davon abhängig gemacht, dass Serbien vollständig mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) zusammenarbeitet. Dies muss durch den Rat der EU festgestellt werden.

www.auswaertiges-amt.de



LEXIKON

Internationale Gerichtshöfe

Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag darf nicht verwechselt werden mit ...

- dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, der durch einen internationalen Vertrag (Rom-Statut) errichtet wurde und als ständiges Rechtsprechungsorgan über Individuen richtet, die des Völkermords, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder der Kriegsverbrechen beschuldigt werden.
- dem Internationalen Gerichtshof – dem Rechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen, vor den nur Staaten – also weder Individuen, noch andere nichtstaatliche Gruppen treten können.

M 1

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Bei dem „International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia“ (ICTY) – häufig auch als UN-Kriegsverbrechertribunal bezeichnet – handelt es sich um einen so genannten Ad-hoc-Strafgerichtshof, der durch die Resolution 278 (1993) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen geschaffen wurde. Das Tribunal hat seinen Sitz in Den Haag und ist zuständig für die Verfolgung von Kriegsverbrechen (schwere Verletzungen der Genfer Abkommen, Verstöße gegen Gesetze oder Gebräuche des Krieges, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit), die seit 1991 auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien begangen wurden. Er kann lediglich Einzelpersonen, nicht aber Organisationen oder Regierungen anklagen. Prozesse können nur gegen persönlich Anwesende geführt werden. Die Höchststrafe ist ein lebenslanger Freiheitsentzug. Seit der Gerichtshof im Dezember 1994 seine Tätigkeit voll aufnehmen konnte, wurden richterlich bestätigte Anklageschriften gegen 161 Verdächtige veröffentlicht, 133 davon fanden sich beim Tribunal ein, 3 sind weiterhin flüchtig (darunter der militärische Kommandeur der bosnischen Serben Ratko Mladić). Die öffentliche Aufmerksamkeit erregte vor allem der Prozess gegen den ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević, der 2006 in seiner Zelle verstarb, sowie die Festnahme und der Prozessbeginn von Radovan Karadžić im Juli 2008.

www.de.wikipedia.org

M 2

Wozu Den Haag?

(...) Obwohl Serbien unter dem Embargo und den Bombardierungen gelitten hat, die eine Strafe für die Kriege gegen die Nachbarländer waren, sieht es der Wahrheit noch immer nicht ins Auge. In diesem Sinne haben Kroatien und Serbien etwas gemeinsam. Die Ursache ist simpel und geht über die Ideologie von Tudjman/Milošević hinaus. Zu viele Menschen waren am Krieg beteiligt, und sehr viele haben von ihm profitiert. Es ist leichter und bequemer, mit Lügen zu leben als mit der Wahrheit, mit der Möglichkeit von individueller Schuld und kollektiver moralischer und politischer Verantwortung. Aber dieser Konflikt zwischen Wahrheit und Gerechtigkeit hat ernste Konsequenzen: Die kroatische, wie die serbische Regierung haben Probleme mit der Wahrheit und können die Auslieferung ihrer Kriegsverbrecher an das Haager Tribunal vor der eigenen Bevölkerung nicht rechtfertigen.

Da es leichter ist mit Lügen zu leben als mit der Wahrheit, wird das Bemühen um Gerechtigkeit als Unrecht empfunden. Solange es aber in diesen Gesellschaften nicht um Wahrheit geht, betrachtet man das Streben nach Abstrafung der Kriegsverbrechen als Bedrohung der ganzen Gemeinschaft. Vorerst wird das Tribunal Gerechtigkeit üben, denn sonst wird es sie nie geben. Nur weil wir selbst nicht imstande sind, unsere blutige, schmutzige Wäsche zu waschen, und nicht einmal das Bedürfnis danach verspüren.

Slavenka Drakulić: Keiner war dabei. Kriegsverbrechen auf dem Balkan vor Gericht. Wien 2004: Zsolnay, S. 17f.

Strafe oder Amnestie?

WIE SOLL MIT KRIEGSVREBRECHERN UMGEGANGEN WERDEN? ZU DIESER FRAGE GIBT ES VIELE SICHTWEISEN:

These 1:
Kriegsverbrecher sollten in den Ländern vor Gericht kommen, in denen sie die Verbrechen ausgeführt haben und auch nach den dort geltenden Gesetzen bestraft werden.
Meine Meinung:

These 2:
Kriegsverbrecher sollten von Internationalen Gerichten bestraft werden.
Meine Meinung:

These 3:
Für Kriegsverbrecher sollte die Todesstrafe gelten.
Meine Meinung:

These 4:
Für Kriegsverbrecher sollte eine Amnestie gelten, wenn sie sich schuldig bekennen.
Meine Meinung:

WAS IST EIN „KRIEGSVREBRECHER“?

Kriegsverbrechen sind Verstöße gegen das Völkerrecht, die bei der Führung eines Kriegs von den kriegführenden Parteien begangen werden oder in engem Zusammenhang mit der Kriegsführung stehen. Verbrechen, die lediglich in zeitlichem oder örtlichen Zusammenhang mit Kampfhandlungen stehen, aber keine oder nur eine schwache ursächliche Verbindung damit haben, werden nicht als Kriegsverbrechen bezeichnet.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Kriegsverbrechen>

Meine Meinung:

Projekt - „Miteinander Leben“ in Kosovo, Mazedonien und Serbien

Die Region Südserbien mit dem angrenzenden Kosovo und Nordmazedonien ist seit Jahren ein Brennpunkt ethnischer Auseinandersetzungen. Serben, Albaner, Mazedonier und Roma leben seit Jahrhunderten nebeneinander. Gerade die Konflikte in den letzten 10 Jahren im Kosovo und in geringerem Umfang in Südserbien und Mazedonien, haben zu Misstrauen und Vorurteilen in der Bevölkerung geführt. Die angespannte politische Situation hat natürlich auch die soziale und wirtschaftliche Lage in dieser ohnehin strukturschwachen Region weiter verschlechtert.

Unter diesen Bedingungen haben besonders Kinder und Jugendliche zu leiden. Eine professionelle Betreuung außerhalb der Schulzeit ist praktisch nicht vorhanden, Jugendzentren wurden geschlossen und viele Flüchtlingskinder erhalten keinerlei Unterstützung bei der Aufarbeitung ihrer Traumata. Seit September 2007 fördert SHL ein grenzübergreifendes Jugendprojekt, das helfen soll, durch professionelle Kinder- und Jugendarbeit zur Aussöhnung und Verständigung beizutragen.

Dieses von der AWO Bremerhaven in Kooperation mit lokalen Organisationen durchgeführte Projekt verfolgt das Ziel der Instandsetzung und Wiedereröffnung von zwei Jugendzentren in Bujanovac (Südserbien) und in dem nur wenige Kilometer entfernten Kosovska Kamenica (Kosovo) um eine Vielzahl bestehender Probleme bei Jugendlichen in der Region anzugehen. Neben schulischer und beruflicher Bildung werden kreative Freizeitgestaltung, die Integration von Flüchtlingen und Rückkehrern sowie eine psychosoziale Betreuung für Kinder und Jugendliche angeboten. Gleich-

zeitig entstehen durch die Teilnahme von Jugendlichen aus dem nordmazedonischen Kumanovo auch länderübergreifende Begegnungsmöglichkeiten in Form von Jugendcamps und gemeinsamen Ausflügen.

Die Jugendzentren sind für Jugendliche aus allen Bevölkerungs- und ethnischen Gruppen offen, die gemischten Betreuungsteams bestehen aus Pädagogen mit serbischer und albanischer Herkunft. Dadurch wird der Austausch der Jugendlichen über ihre nationalen Identitätsgrenzen hinweg unterstützt, der im Alltag aufgrund von getrennten Schulen für Kinder unterschiedlicher Herkunft oftmals nicht möglich ist.

In einem ersten Schritt mussten beide Jugendzentren zunächst renoviert werden, da sie seit Jahren entweder nicht oder zweckentfremdet benutzt wurden. Eine Gruppe aus mazedonischen, serbischen, albanischen und Roma-Jugendlichen, die gemeinsam ein Feriencamp in Kroatien besuchten, haben bereits regen Kontakt untereinander. Die Jugendlichen nahmen auch an einer vom Projekt organisierten Friedentour teil, bei der die Strecke zwischen dem kosovarischen Kamenica und dem serbischen Bujanovac mit dem Fahrrad zurückgelegt wurde. Ein erster Schritt, der Hoffnung macht, dass die Grenzen und Mauern in den Köpfen der Menschen Stück für Stück abgebaut werden können.

Schüler Helfen Leben, Projektbeschreibung



Hintergrund 1 – Krieg in Mazedonien

Steckbrief

Mazedonien

Ländername:

laut Verfassung: Republik Mazedonien (Republika Makedonija); VN-Mitgliedschaft unter der Bezeichnung „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“. Der Staatsname ist zwischen der griechischen und der mazedonischen Regierung umstritten.

Landesfläche:

25.713 km²

Hauptstadt:

Skopje, ca. 580.000 Einwohner

Bevölkerung:

ca. 2,02 Mio. Einwohner (Zensus 2002)

Ethnische**Zusammensetzung:**

Mazedonier 64,2 %, Albaner 25,2 %, Türken 3,9 %, Roma 2,6 %, Serben 1,8 %, Bosniaken 0,8 %, Vlachen 0,5 %, andere 1,0 %

Landessprachen:

Mazedonisch, Albanisch, Türkisch, Romani, Serbisch, Vlachisch
www.auswaertiges-amt.de



Konfliktgeschichte Mazedoniens

Mazedonien bezeichnete bis zum Zweiten Weltkrieg eine Region auf der Balkanhalbinsel, die das heutige Mazedonien sowie Teile von Bulgarien und Nordgriechenland umfasste. Diese Region wurde nach den so genannten „Balkankriegen“ (1912/13) zwischen Bulgarien, Albanien, Griechenland und Serbien aufgeteilt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es Teilrepublik Jugoslawiens. Kurz nach der Sezession von Slowenien und Kroatien am 17. September 1991 erklärte sich Mazedonien ebenfalls als von Jugoslawien unabhängig. Im Unterschied zu Kroatien und im Besonderen zu Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo verlief der Unabhängigkeitsprozess in Mazedonien friedlich.

Ende 2000, nahezu 10 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung, setzte in Mazedonien, das aufgrund einer Unvereinbarkeit mit Griechenland die offizielle Bezeichnung „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“ trägt, eine innenpolitische Krise ein. Anfang 2001 eskalierte diese Krise. Das Land, das bis dahin als Erfolgsmodell einer Politik des interethnischen Ausgleichs zwischen einer slawisch-mazedonischen Mehrheit und einer muslimisch-albanischen Minderheit galt, befand sich in einem Bürgerkrieg. Der Konflikt wurde in erster Linie entlang der slawisch-mazedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit ausgetragen.

Die Ursachen des Krieges, so die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF), seien in Prozessen des sozialen Wandels zu suchen. Jugoslawien hatte nach dem Zweiten Weltkrieg in seiner Teilrepublik Mazedonien einen Modernisierungsschub forciert, von dem die slawisch-mazedonische Bevölkerung stärker erfasst wurde als die albanische Minderheit.

Der gewaltsame Konflikt 2001

Im Januar 2001 begann mit einem Anschlag albanischer Rebellen auf einen Polizeiposten in Tearce bei Tetovo der bis in den August hinein reichende Bürgerkrieg zwischen der Nationalen Befreiungsarmee UÇK, einer albanischen Untergrundorganisation, und der Staatsmacht, bzw. mazedonischen Polizei- und Militäreinheiten. Die albanischen Rebellen fanden vor allem bei Jugendlichen der albanischen Minderheit in Mazedonien Unterstützung, die sich der Perspektivlosigkeit ausgeliefert fühlten.

Internationales Eingreifen und das Rahmenabkommen von Ohrid

Die gewaltsamen Ausschreitungen konnten im Sommer desselben Jahres durch das Eingreifen der NATO, der EU und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beendet werden. Auf internationalen Druck hin einigten sich die Konfliktparteien auf das so genannte „Rahmenabkommen von Ohrid“ in dessen Mittelpunkt die Verbesserung der Minderheitenrechte steht. So wurde etwa nach der Unterzeichnung und weiteren Verhandlungen die Verfassung des Landes dahingehend verändert, dass nicht mehr vom „Staat des mazedonischen Volkes und der albanischen Minderheit“ die Rede ist, sondern von den „Bürgern der Republik Mazedonien“. Die vereinbarten Reformen werden von der mazedonischen Mehrheit als eine Verletzung nationaler Rechte empfunden. Sie bringen eine positive Diskriminierung der albanischen Minderheit mit sich, wodurch die Gefahr entsteht, dass die Trennung zwischen den ethnischen Gruppen verstärkt wird.
Sabine Klotz / Merle Vetterlein: Deeskalationsbemühungen internationaler Akteure im Kosovo und in Mazedonien. In: Friedensgutachten 2005. S. 79.

Hintergrund 2 - Mazedonien heute

Das Bildungssystem spaltet

Neben der desolaten ökonomischen Lage des Landes tragen vor allem die Entwicklungen in der Bildungspolitik zu einer weiteren Entfremdung der Ethnien bei. Vormalig ethnisch gemischte Schulen werden getrennt, das Lehrpersonal ist hochgradig politisiert und wird teilweise nach einem Regierungswechsel gegen treue Parteianhänger ausgetauscht. Die Kenntnisse der Staatssprache Makedonisch gehen innerhalb der albanischen Minderheit weiter zurück und an ethnisch gemischten Schulen mangelt es an gut ausgebildetem Lehrpersonal. Diese Entwicklungen zeichneten sich bereits Mitte der 1990er Jahre ab (...) Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE, Max van der Stoep, vermittelte in den 1990er Jahren kontinuierlich zwischen den Konfliktparteien. Die von ihm initiierten Gesetzesänderungen verbesserten den Zugang der Minderheiten zur höheren Bildung. Höhepunkt der Reformen war

OSZE

EIN BEISPIEL FÜR INTERNATIONALES ENGAGEMENT IN MAZEDONIEN

Die OSZE ist eine Regierungsorganisation (mit 56 Mitgliedsstaaten), die in innenpolitischen und intraregionalen Konflikten und Krisen Frühwarnung, Krisenverhütung, Konfliktmanagement und Konfliktnachsorge mit nicht-militärischen Mitteln betreibt. Seit 1992 unterhält die OSZE in Mazedonien die „Spillover Monitor Mission to Skopje“.

Arbeitsschwerpunkte der OSZE Mission

1992–2001 Konfliktprävention und Konfliktmanagement

- Überwachung der Grenzen
- Untersuchung gewaltsamer Auseinandersetzungen
- Humanitäre Hilfe

Seit 2001 Konfliktnachsorge

- Polizeireform und -ausbildung
- Reform der öffentlichen Verwaltung
- Stärkung der Rechtsstaatlichkeit
- Vertrauensbildende Maßnahmen
- Medienreform

Der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten bei der OSZE hat die Aufgabe, Frühwarnsysteme bereit zu stellen und ein frühes Eingreifen zu gewährleisten um zu verhindern dass ethnische Spannungen in gewaltsame Konflikte ausarten.
Vgl. www.osce.org

2001 die Gründung einer privaten, dreisprachigen (albanisch, englisch, makedonisch) Universität, der South East European University, in Tetovo. Dennoch wurde im Januar 2004 auf Drängen des albanischen Koalitionspartners in der Regierung ein Gesetz verabschiedet, durch das eine staatliche albanischsprachige Universität gegründet werden konnte. Die Brisanz dieser Entwicklung liegt darin, dass nun die staatlichen Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen nach ethnischen Kriterien getrennt sind. Durch die Ethnifizierung der Bildungspolitik wird die albanische Minderheit innerhalb der makedonischen Gesellschaft weiter isoliert.

Sabine Klotz / Merle Vetterlein: Deeskalationsbemühungen internationaler Akteure im Kosovo und in Mazedonien. In: Friedensgutachten 2005. S. 85f.

Innenpolitische Spannungen

- Die politische Macht liegt vornehmlich in den Händen der führenden Eliten – die Bevölkerung ist weitestgehend von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen.
- Alle etablierten Parteien neigen zur Ethnifizierung kritischer Themen.
- Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen schwindet zunehmend – ohne Rückhalt aus der Bevölkerung fehlt es den demokratischen Institutionen an Legitimität.
- Hardliner der zum Teil auch in sich zerstrittenen Parteien aus beiden ethnischen Lagern bekommen die Chance, die Umsetzung des Abkommens zu sabotieren.
- Der Staat kann sein Gewaltmonopol immer noch nicht in vollem Umfang umsetzen.
- Die Justiz ist weiterhin hochgradig politisiert, korrupt und wenig effizient – das Ziel einer stabilen Rechtsstaatlichkeit liegt in weiter Ferne.

Sabine Klotz / Merle Vetterlein: Deeskalationsbemühungen internationaler Akteure im Kosovo und in Mazedonien. In: Friedensgutachten 2005. Münster 2005, S. 86.

Information

Einfluss des Minderheitenabkommens von Ohrid auf die Situation der Roma in Mazedonien

(...) Ihre Sicherheit ist in vielen Gebieten keineswegs gewährleistet. Sie werden sowohl von Mitbürgern als auch von staatlicher Seite diskriminiert und bedroht. Als Muslime werden sie von der slawischen, orthodoxen Bevölkerung als proalbanisch angesehen und damit als feindlich. Jüngst häufen sich der Menschenrechtsorganisation European Roma Rights Center (ERRC) zufolge zudem Medienberichte, die Roma als Täter verschiedener Verbrechen wie Mord oder Kindesmissbrauch benennen. Die Minderheit wird so nicht nur diskriminiert, sondern auch stigmatisiert (...)

Das Abkommen von Ohrid brachte für die Roma auch keine strukturelle Verbesserung (...) So gibt es weder Romanes als offizielle Sprache in den von Roma dicht besiedelten Gemeinden noch eine breite Präsentation der Roma in staatlichen Institutionen. *Gesellschaft für bedrohte Völker: Roma in Südosteuropa. Vielfalt 48. Zeitschrift für bedrohte Völker, S. 5f.*

Arbeitsblatt - Elena und die OSZE in Mazedonien



1 Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, versucht in Mazedonien den Frieden zu sichern.



2 Gemeinsam mit anderen Organisationen versucht Elena herauszufinden, was die Menschen bedrückt, wo die Wurzeln von Hass und Angst sind und wie man diese überwinden kann.



3 Elena ist Mitarbeiterin der OSZE-Mission. Sie kommt aus Tadschikistan, ist von Beruf Ärztin und in Mazedonien für „vertrauensbildende Maßnahmen“ zuständig.



4 Elena muss sich in einer Gesellschaft, in der Männer das Sagen haben, behaupten und Vertrauen gewinnen.



5 Sie spricht viel mit den von Krieg, Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen.



6 Im Büro muss Elena eine Menge von Problemen lösen und manchmal schnelle Entscheidungen fällen.

ARBEITSFRAGEN

- Versuche mit Hilfe der Fotos den Ablauf und die Geschichte eines Arbeitstages von Elena zu schildern!
- Mit welchen Problemen ist Elena bei ihrer Arbeit konfrontiert?
- Welche Fähigkeiten und Kompetenzen muss Elena haben, um ihre Arbeit in Mazedonien sinnvoll leisten zu können?
- Würdest du gerne eine solche Tätigkeit ausführen? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht++?

Projekt - Mazedonien: „Roma Kinder“

Sozialarbeit mit Roma Kindern

Die Mehrheit der Roma-Bevölkerung in Mazedonien ist arbeitslos und lebt an oder unter der Armutsgrenze. Der Bildungsstand ist niedrig, viele Roma sind Analphabeten. Die Folge: vor allem Kindern und Jugendlichen ist der Aufstieg verwehrt, sie haben oft keine Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

SHL will, dass sich das ändert. Das Projekt in Mazedonien konzentriert sich auf den Bereich der Straßensozialarbeit mit Roma-Jugendlichen im Stadtteil Shutka von Skopje, der mit fast 30.000 Einwohnern als größtes Roma-Viertel auf dem Balkan gilt. Die Partnerorganisationen von SHL sind die Caritas Essen und die Caritas Kinderhilfe Aachen. Das Ziel des Projektes ist es, dass die Kinder und Jugendlichen den für sie selbst so wichtigen und in Mazedonien dringend erforderlichen Schulabschluss machen.

Die Mitarbeiter des Projekts sind täglich in Kontakt mit den Kindern und ihren Eltern. Sie geben Informationen weiter, verteilen Schulbücher, Schulmaterial und auch Hygieneartikel. Sie helfen auch bei scheinbar banalen Dingen: Für die Schulanmeldung mussten sich alle Familien für ihre Kinder Ausweise besorgen, die zum Großteil nicht vorhanden waren. Außerdem wurden zunächst viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms in den Schulen nicht akzeptiert, da sie verlaust und dreckig waren. Allgemein sind die Roma-Kinder aufgrund der schlechten hygienischen Versorgung

und Ernährung häufig krank und können die Schule nicht besuchen. Da die Eltern ohne Krankenversicherung sind, muss jedes Medikament privat von ihnen gezahlt werden. Durch die Unterstützung von Pädagogen und Sozialarbeitern konnten diese Probleme in den letzten Monaten gelöst oder zumindest stark gemildert werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projekts sind ca. 200 Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 18 Jahren (und die dazugehörigen Eltern), die trotz ihrer Abneigung gegen einen Schulbesuch regelmäßig in die Schule gehen sollen. Neben den bereits eingeschulten Jugendlichen werden jedes Jahr Listen mit rund 100 weiteren Kindern und Jugendlichen erstellt, die im darauf folgenden Schuljahr eingeschult werden können.

Roma stehen ganz unten in der gesellschaftlichen Anerkennung. Es kommt vor, dass ihre Siedlungen mit Bulldozern eingeebnet und ganze Familien vertrieben werden. „Es sind Zigeuner, sie sind dreckig und stehlen“, heißen die üblichen Vorurteile gegenüber den Roma. Gerade deshalb ist Hilfe von außen so wichtig. Bildung schafft Selbstbewusstsein und versetzt Menschen erst in die Lage, sich selbst zu helfen. Wenigstens die Kinder haben so die Chance, dem oft lebenslangen Kreislauf von Armut und Ausweglosigkeit zu entfliehen.

Schüler Helfen Leben, Projektbeschreibung



Information

Skopje - Auszüge aus einem Reisebericht

Bei einem Rundgang durch eine Roma-Siedlung in Skopje wurde uns überhaupt erstmal bewusst, was Armut bedeuten kann. (...) Die Roma dort leben in Hütten, die wahrscheinlich in jedem deutschen Schrebergarten schon längst abgerissen worden wären. Wir besuchten Familien, die auf vielleicht zehn Quadratmetern mit sieben Kindern lebten. Über dem ganzen Viertel liegt ein beißender Geruch, weil zum einen die Entsorgung von Abfällen und Abwässern nicht funktioniert und weil andererseits viele Familien Plastik verheizen, da Holz einfach zu teuer wäre. Da das Sozialsystem in Mazedonien keine langfristige Unterstützung garantieren kann und vielen Roma auch die nötigen Papiere fehlen, bzw. sie sie einfach achtlos verbrennen, bestreiten viele ihren Lebensunterhalt mit dem Sammeln von Altpapier und Schrott, mit Betteln oder aber durch kriminelle Machenschaften. Kaum eine Hütte verfügt über einen echten Stromanschluss. Die meisten zapfen illegal Stromleitungen an, was häufig zu Bränden führt. Auch über einen Wasseranschluss verfügen nur wenige. Die medizinische Versorgung wird überwiegend durch Hilfsorganisationen übernommen und die Notwendigkeit einer Schulbildung wird auch nur von wenigen Eltern erkannt, so dass sie regelrecht davon überzeugt werden müssen ihre Kinder zur Schule zu schicken ...

Jens Lammel, Schüler Helfen Leben

Gedichte und Fotos



KOSOVA

Wo der nackte Frühling grünt von Panzern
und die Hummeln Hubschrauber sind,
wo die Straße gewaltsam die Richtung des Blutes bestimmt
und das Einsatzkommando das Haus umzäunt.

Wo der Gefangene zu finden ist
wie ein Herz hinter braunen Rippen,
wo das kleine Mädchen liegt, verbunden mit seinem weißen Kleid,
und der kleine Junge einen roten Schal blutet.

Wo Shota getanz wird im lautlosen Raum
und niedergeschwärzt der Plis,
wo man sich küßt mit den Worten:
jeten e japim e Kosovo nek e japim!
(Wir geben das Leben hin, Kosova nicht)

*Marian Nakitsch, in: Flügelaplaus. Gedichte.
Frankfurt/Main 1994, S. 36.
Marian Nakitsch wurde 1952 in Kroatien geboren.*

ÜBER EINIGE DAVONGEKOMMENE

Als der Mensch
unter den Trümmern
seines
bombardierten Hauses
hervorgezogen wurde,
schüttelte er sich
und sagte:
Nie wieder.

Jedenfalls nicht gleich.

Günter Kunert, in: Unruhiger Schlaf. Gedichte. München 1979, S. 11.



ARBEITSFRAGEN

- Was beeindruckt dich bei den Fotos am meisten?
- Was denken, was fühlen die Menschen?
- Was würdest du ihnen in einem Gespräch über die Zukunft sagen?

ARBEITSFRAGEN

- Worauf sollen die Gedichte deiner Meinung nach aufmerksam machen?
- Fällt dir ein Beispiel ein, welches auf das Gedicht von G. Kunert passt?

Literatur

WEITERFÜHRENDE LITERATUR UND MATERIALIEN

Sachliteratur

- APuZ: EU-Balkan, 32/2008.
Download: http://www.bpb.de/publikationen/9RXGHH,0,EU_Balkan.html
- Bendiek, Annegret: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa. In: Der Bürger im Staat, 1/2, Stuttgart 2007, S. 51–59.
- Billing, Peter: Der Bürgerkrieg in Jugoslawien. Ursachen – Hintergründe – Perspektiven. HSFK-Report 1/1992.
- Calic, Marie-Janine: Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Frankfurt/Main 1995: Suhrkamp.
- Fischer, Martina: Jugendarbeit und Friedensförderung in Ostbosnien. Ein Projekt von Ipak (Tuzla), Schüler Helfen Leben und dem Berghof Forschungszentrum. Berghof Report Nr. 13. Berlin 2006.
Download: <http://www.berghof-center.org/uploads/download/br13dweb.pdf>
- Gmelch, Heinz: Rumänien. Wandzeitung „Gesellschaft und Staat“ 1/2005. Bayerische Landeszentrale für politische Bildung.
Download: <http://www.km.bayern.de/blz/web/700105/index.asp>
- Gromes, Thorsten / Moltmann, Bernhard / Schoch, Bruno: Demokratie-Experiment in Nachbürgerkriegsgesellschaften. Bosnien und Herzegowina, Nordirland und Kosovo im Vergleich. HSFK-Report 9/2004.
Download: <http://www.hsfk.de/downloads/report0904.pdf>
- Loquai, Heinz: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999. Baden-Baden 2000: Nomos.
- Kalman, Michael: Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Chronik der Ereignisse. In: Pax-Christi (Hrsg.): Bosnien-Herzegowina. Die Chancen einer gerechten Lösung. Politische Vierteljahresschrift 4/1994, S. 11–18
- Schlotter, Peter: Gewaltprävention durch Demokratisierung? Mazedonien zwischen Krieg und Frieden. HSFK-Standpunkte 2/2002.
Download: <http://www.hsfk.de/downloads/sp0202.pdf>

Belletristik

- Drakulić, Slavenka: Als gäbe es mich nicht. Berlin 1999.
- Filipović, Zlata: Ich bin ein Mädchen aus Sarajevo. Bergisch Gladbach 1994.
- Stanišić, Saša: Wie der Soldat das Grammophon repariert. Frankfurt/M 2008.
- Zeh, Juli: Die Stille ist ein Geräusch. Eine Fahrt durch Bosnien. Frankfurt/M. 2002.

Internetadressen

- Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF)
www.akuf.de
Informationen zur Entwicklung der Kriege weltweit, sowie zu allen kriegerischen Auseinandersetzungen seit 1945.
- Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.
www.friedenspaedagogik.de
Informationen, didaktische Materialien, Literatur und Tipps für den Unterricht.
www.frieden-fragen.de
Informationen für Kinder zum Thema Krieg und Frieden.
- Schüler Helfen Leben
www.schueler-helfen-leben.de

**Ich ging nach Bosnien-Herzegowina,
da mich dieses Land schon lange fasziniert hat
aufgrund seiner lebendigen Geschichte,
seiner tief verwurzelten Konflikte,
seiner unterschiedlichen Kulturen und Religionen,
aber auch wegen der Herzlichkeit der Bewohner
und der Schönheit ihres Landes.**

**Auch wenn es wie ein Klischee klingt,
aber die Aussage „Krieg vor unserer Haustür“ hat mich
dazu bewegt, mich in Südosteuropa für ein besseres Morgen
zu engagieren.**

Paul Schmitz, Freiwilliger von Schüler Helfen Leben

Unterstützt von:

NOKIA